



Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse

Herausgegeben von Anne Rieger, Mark Ellmann, Jan von Hagen,
Christa Hourani, Monika Koops, Barbara Majd Amin, Rainer Perschewski,
Tom Talsky, Jonas Schwabedissen und Ulrike Eifler

Aktualisierte Auflage: Juli 2026

Impressum

Erweiterte und aktualisierte Auflage, Stand: 21. Juli 2026

Herausgeberkreis: A. Rieger (Graz), M. Ellmann (München), J. v. Hagen (Essen),
Ch. Hourani (Stuttgart), M. Koops (Hamburg), B. Majd Amin (Berlin), R. Perschewski (Berlin),
T. Talsky (München), J. Schwabedissen (Essen) und U. Eifler (Würzburg).

Redaktion: Friedenskommission und Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beim
Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei DKP

Kontakt: frieden@dkp.de und betrieb.gewerkschaft@dkp.de

V.i.S.d.P.: Wera Richter, DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen.

**Die Broschüre kann über den [uzshop.de](https://www.uzshop.de) gedruckt bestellt werden.
Dort kann auch das PDF heruntergeladen werden.**

Nachdruck und Weitergabe erwünscht!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeberinnen und Herausgeber zur Auflage 2026	6
Nein zur Wehrpflicht – Ja zur Kriegsdienstverweigerung.....	7
ver.di Bezi.-FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Information über Kriegsdienstverweigerung sowie Vernetzung mit friedensorientierten Gruppen und Beratungsstrukturen“	7
ver.di-OV Stuttgart, MV 18.3.2026: „Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht“	7
DGB 23. Bundeskongress 2026: Nein zur Wehrpflicht	7
ver.di Jugend Hamburg LBJV v. 24.02.2026 „Unterstützung der Schulstreiks...“	8
ver.di OV Regensburg Vorstand, 9.02.2026 „Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht“ (dito DGB BuJA 16.09.2025)	8
ver.di OV Regensburg Vorstand, 9.02.2026 „Solidarität mit den Schulstreiks“	9
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Gegen Wehrpflicht und Bundeswehr in Schulen.....	9
DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend	10
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Weniger Waffen, mehr Frieden	10
DGB-Jugend Bayern am 22. Mai 2025: Wir lehnen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste entschieden ab!	10
EVG-Jugend Baden-Württemberg am 9. Mai 2025: Ausbildung statt Aufrüstung!	10
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes!	11
Nein zu Bundeswehr an Bildungseinrichtungen.....	11
<i>DGB-Berlin-Brandenburg 9. Bez.konf. 2026: „Bundeswehr raus und Gewerkschaften rein in die Schulen“</i>	11
GEW-Kreisvorstand Marburg-Biedenkopf 3. Juni 2025: „Gegen die Ertüchtigung der Jugend für den Krieg in Bildungseinrichtungen“	12
Grundrechteabbau und Repressionen	12
ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026 „Rechtsstaat schützen“	12
Nein zu Aufrüstung und sog. „Sondervermögen“!.....	13
ver.di-OV Stuttgart, MV 18.3.2026: Gegen das 5%- Ziel der NATO	13
ver.di-OV Saar-Blies, Beschluss v. 26. Aug. 2026: Gegen das 5% Ziel der NATO	13
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Kein Freifahrtschein für die Aufrüstung – Stattdessen Investitionen in die Bildung	13
DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend	14
Bez.-Frauenkonferenz DGB Baden-Württemberg 28. Juni 2025: Für sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft	15
Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen 15	
Auszüge aus der Pressemitteilung des ver.di-Bundesvorstands vom 25. Juni 2025: ver.di kritisiert NATO-Entscheidung zu Verteidigungsausgaben: Verknüpfung mit fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht akzeptabel	15
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Keine Aufrüstung.....	16
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit.....	16
GEW Bayern 20.-22. April 2023: „Für Frieden, Abrüstung u. Völkerverständigung“	16
Auszüge aus der Erklärung der Jugend-VL Volkswagen Werk Kassel vom 19. Juli 2022: „Gegen den Krieg und Aufrüstung – 100 Milliarden für unsere Interessen!“	17
DGB-Bundeskongress 2022: Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft (Auszug)	18

IGM-Gewerkschaftstag 2019: #No2Percent – Frieden geht anders – klare Positionierung gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP	18
Gegen Militarisierung und Sozialabbau	19
ver.di FB C Bezirk München + Region, MV v. 13.06.2026: „Rüstung runter, Löhne und Soziales rauf! – Gegen Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsertüchtigung“	19
Schluss mit dem Krieg in Palästina!.....	20
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch	20
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Frieden im Nahen Osten	20
DGB-Bundesvorstand am 1. Juli 2025: Die Gewalt in Gaza beenden – jetzt! (Auszüge aus der Resolution)...	20
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Für Frieden im Nahen Osten.....	21
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Unterstützung der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“	22
Auszüge aus der Erklärung des GEW-Hauptvorstand am 17. Juli 2024: GEW unterstützt Forderung nach Waffenstillstand	22
Resolution des Fachbereichs C des ver.di-OV Nürnberg am 27. November 2023: Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitsbereich in Gaza	23
Solidarität mit dem sozialistischen Kuba	23
ver.di Landesbezirkfachbereichsvorstand FB B Hamburg v. 17.03.2026; „ Unterstützung der gewerkschaftlichen Initiative zur Unterstützung Kubas“	23
IGM 25. Ordentlicher Gewerkschaftstag Okt. 2023; G.O18 „Solidarität mit Kuba! US-Wirtschaftsblockade beenden - Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig ausbauen“	24
Gaza und Israel.....	25
<i>ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026: „Kooperation mit der Histadrut aussetzen – Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen stärken“</i>	<i>25</i>
ver.di Fachgruppenvorstand Öffentlicher Dienst Hamburg v. 19.06.2025; „ Petition „ Für einen gerechten Frieden in Gaza - Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden! unterstützen“	26
Venezuela	26
ver.di Jugend Hamburg, LBJV v. 30.01.2026; „Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Venezuela“26	
Gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland	27
Verschiedene Unterstützungsbeschlüsse für „Berliner Appell“	27
ver.di-Mitgliederversammlung OV Stuttgart, 18.3.2026 Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland.....	28
DGB Delegiertenkonferenz Stadtverband Stuttgart v. 14.10.25 Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland	28
ver.di-OV Saar-Blies, Vorstandsbeschluss v. 26. Aug. 2026 Gegen Stationierung von US Mittelstreckenwaffen in Deutschland.....	28
DGB Baden-Württemberg Bezirksfrauenkonferenz am 28. Juni 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland	28
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und Hyperschallwaffen in Deutschland	29
GEW Berlin am 7.11.2024: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland	29
Beschluss des 19. Gewerkschaftstag der IG Metall 2019: Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden	29
DGB 23.Bundeskongress Mai 2026 Antrag I02.....	30
Gegen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit	30
ver.di Fachbereich C Bezirk Mittleres Ruhrgebiet, MV 9.05.26: „Für ein ziviles Gesundheitswesen“	30

ver.di FB C Bez.konf. Ostwestfalen-Lippe 25.04.26 „Keine Militarisierung im Gesundheitswesen - Für eine Stärkung des zivilen Charakters des Gesundheitswesens“	31
ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Care statt Aufrüstung - Gesundheitssystem stärken statt Militarisierung vorantreiben“	31
ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Nicht-Behandlung von militärischen Klientel im zivilen Bereich“	32
ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026 Für den Erhalt des zivilen Gesundheitssystems	33
ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ostwestfalen-Lippe 25.04.26 „Unterstützung der „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem: Menschen aus Gesundheitsberufen gegen die Militarisierung“ der ippnw“	34
ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026 „Unterstützung der Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem“	35
ver.di Jugend Hamburg LBJV v. 28.08.2025 Gegen das NATO-Manöver Red Storm Bravo – für den Aufbruch des zivilen Lebens	35
ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand B, Hamburg am 16.09.2025: Keine Gewöhnung an Krieg durch Manöver Red Storm Bravo in Hamburg in unserem Organisationsbereich (Auszüge)	36
Sonstiges	37
ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Vergabe der Räume des Gewerkschaftshauses an Gruppen ohne gewerkschaftliche Grundsätze und die Offenlegung der Beweggründe dafür“	37
Grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse	37
ver.di-Fachbereich B Bezirkskonferenz Westfalen, 13.06.26 „Wir stehen ein für die Stärkung des Völkerrechts und die friedliche Konfliktlösung!“	37
ver.di Fachbereich E Bezirk Nordhessen MV vom 30.5.26; „Postler und Logistiker für den Frieden“	38
ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026 „Einrichtung eines ver.di Arbeitskreises Frieden im Bezirk“	39
ver.di Fachbereich C Bezirk Mittleres Ruhrgebiet, MV vom 9.05.26 „Solidarisches Gemeinwesen statt weitere Aufrüstung“	40
GEW Bayern LDV 2026: Für die Einhaltung und Stärkung des Völkerrechts – gegen die aktuelle Weltkriegsgefahr: Die Waffen nieder!	41
ver.di OV Saar-Blies, Entschließung der MV v. 12.03.2026 Friedensfähig statt Kriegstüchtig – Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen – Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland (Auszüge) ..	42
DGB Baden-Württemberg, 23.BK, Jan 2026 „Für eine Politik der Friedensfähigkeit – Wehrhafte Demokratie und soziale Sicherheit stärken!“	43
DGB 23. Bundeskongress 2026 Auszüge aus Beschluss „Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“	45
DGB 23. Bundeskongress 2026 Auszüge aus Beschluss C07: Internationale Beziehungen gerecht, nachhaltig und resilient gestalten	47
DGB-Bezirksjugendkonferenz Hessen-Thüringen Mai 2025	47
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: „GEW - konsequent antimilitaristisch“	48
ver.di Bundeskongress 2023: Auszüge aus dem Beschluss „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“	48
ver.di-Bundeskongress 2023: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln“	49
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Für eine verantwortungsvolle Friedenspolitik	50
IGM 25. Ordentlicher Gewerkschaftstag 2023 Grundsatzbeschluss G001: „Wo wir stehen. Wohin wir wollen“ ..	50
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Gegen Waffenexporte in Krisenregionen	52
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können	52

ver.di-Bundeskongress 2015: Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr	53
ver.di-Bundeskongress 2015: Aufklärung des Todes von mindestens 48 Menschen durch ein Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014.....	53
ver.di-Bundeskongress 2015: Für ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein klares NEIN zu Gewalt als Mittel der Politik	53
Aus Programmen und Satzungen	54
„Menschenrechte, Frieden und Abrüstung“ im DGB-Grundsatzprogramm (1996).....	54
Aus der Satzung des DGB (§ 2 Abs. 2 Ziele).....	54
Aus der Satzung der IGM (§ 2 Aufgaben und Ziele)	54
Aus der Satzung von ver.di (§5 Zweck, Aufgaben und Ziele).....	55
Resolution ZF Hannover (16.03.26).....	55

Vorwort der Herausgeberinnen und Herausgeber zur Auflage 2026

Spätestens seit der vom SPD-Kanzler Scholz ausgerufenen sogenannten „Zeitenwende“ wird der Druck auf Friedenspositionen spürbar. Vereinzelt relativieren Kolleginnen und Kollegen den Antimilitarismus der Einheitsgewerkschaften, oft weil die Bedrohungslüge, Russland wolle bald die NATO angreifen, Angst schürt. Diese Sammlung gewerkschaftlicher Friedensbeschlüsse soll unterstützen beim Verteidigen der friedenspolitischen Programmatik und Beschlusslage unserer Gewerkschaften.

Sie erscheint in aktualisierter Auflage und wir freuen uns, dass seit der Veröffentlichung vor einem Jahr zahlreiche neue Beschlüsse dazu gekommen sind. Die Sammlung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und muss hoffentlich zeitnah wieder aktualisiert werden.

Wir sind für Ergänzungen und Korrekturen dankbar. Dir fehlt ein Beschluss in diesem Heft? Dann sende uns gerne einen Hinweis an frieden@dkp.de und betrieb.gewerkschaft@dkp.de

Nicht alle Beschlusstexte oder Vorstandserklärungen sind vollständig abgedruckt. Sofern nur Auszüge zitiert werden, ist die Quelle zum Lesen im Internet angegeben.

Die Herausgeber, 20. Juli 2026

Hinweis: Wir weisen weiterhin auf die Dokumentensammlungen von Bernhard Pfitzner aus Hannover hin! Er hat mehrere PDFs mit Dokumenten und Beschlüssen zu Krieg, Frieden und Abrüstung von DGB, IG Metall, ver.di und internationaler Gewerkschaftsbünde erstellt. Kontakt: bernhard.pfitzner@web.de

Nein zur Wehrpflicht – Ja zur Kriegsdienstverweigerung

ver.di Bezi.-FB C Mittelfranken v. 25.04.2026: „Information über Kriegsdienstverweigerung sowie Vernetzung mit friedensorientierten Gruppen und Beratungsstrukturen“

Antragsteller:in: Bez.-FB-JV, Weiterleitung an: Bez.-Konf., LB-FB-Konf., LB-Konf.

(...) ver.di informiert ihre Mitglieder sowie die Öffentlichkeit über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Dazu gehören insbesondere: - rechtliche Grundlagen (Art. 4 Abs. 3 GG, § 1 WpflG) - Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer (...)

Die Informationen werden über geeignete Kanäle verbreitet, z. B.: - Webseite und soziale Medien der ver.di - Infomaterial auf Veranstaltungen, in Betrieben und Bildungseinrichtungen - Öffentliche Aktionen (z. B. Infostände, Themenabende) (...)

Wir bauen Kontakte zu friedensorientierten Gruppen aus, wie z. B.:

- Deutsche Friedensgesellschaft–Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Connection e. V. (Beratung für Kriegsdienstverweigerung und Desertion)
- Friedenskooperative, Gewaltfreie Aktion, pax christi u. a.

Unterstützung bestehender Beratungsstrukturen

Bereits bestehende Beratungsangebote zur Kriegsdienstverweigerung werden durch ver.di aktiv beworben. Wo keine oder unzureichende Beratung existiert, wird der Aufbau solcher Strukturen unterstützt – z. B. Durch:

- Kooperation mit lokalen Friedensinitiativen
- Bereitstellung von Räumen oder Kontakten
- Schulung von Multiplikator*innen aus den eigenen Reihen

Quelle: Tatjana Sambale

ver.di-OV Stuttgart, MV 18.3.2026: „Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht“

ver.di lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ab und spricht sich öffentlich wahrnehmbar dagegen aus.

Zur Weiterleitung an die ver.di Bezirksdelegiertenkonferenz Stuttgart und die Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg (Wortgleich von der DV des DGB Stadtverband Stuttgart am 14.10.25 beschlossen)

Quelle: Norbert Heckl

DGB 23. Bundeskongress 2026: Nein zur Wehrpflicht

Der DGB ist und bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“

Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.

Unsere Haltung bleibt klar: Der DGB lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes sowie die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ebenfalls ab.

Es besteht die Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden. Insbesondere der Einbeziehung von Frauen in eine Dienstpflicht erteilt der DGB eine klare Absage, solange Frauen nachweislich mehr unbezahlte Sorgearbeit für die Gesellschaft leisten als Männer (und auch im Erwerbsleben benachteiligt sind).

Wir wollen eine Bundeswehr, die Verteidigungsarmee ist. Sie muss ausschließlich die Aufgabe haben, Deutschland und unsere Bündnispartner*innen zu schützen. Der DGB positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von sog. „Jugendoffizier*innen“ und allgemein jeden Werbe-versuch für die Bundeswehr an Schulen strikt ab.

Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu einer Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können. Doch ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu geraten. So verstärkt selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit. Dagegen bedarf es einer Priorisierung von beruflicher Bildung: Junge Menschen, die freiwillig als Soldat*in in der Bundeswehr dienen möchten, müssen persönlich davon profitieren. Ihre berufliche Ausbildung muss während der Dienstzeit fortgesetzt oder gestärkt werden, bspw. durch die Weiterführung von begonnener Ausbildung oder durch Weiterqualifizierung. Die persönliche Entwicklung als kritische*r Bürger*in in der Demokratie muss in den Fokus genommen werden. Die Bundeswehr soll ein demokratischer Ort frei von Diskriminierung sein. Soziale und politische Bildung müssen elementarer Teil des Dienstes sein.

Konkret fordert der DGB:

- Sicherstellung, dass junge Menschen ihre Lebens- und Berufsplanung selbstbestimmt gestalten können: Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und keine Einführung von Pflichtdiensten.
- Fachkräftemangel in betroffenen Branchen strukturell angehen und mit guter Ausbildung zukunftsfähig werden, anstatt mit Wehr- und Dienstpflichten das Problem zu vertagen. Eine Dienstpflicht hilft weder im Sozial- und Pflegebereich noch in anderen Branchen – sie verschärft den Fachkräftemangel sogar in anderen Bereichen.
- Die Bundeswehr muss eine reine Verteidigungsarmee sein.
- Die Entscheidungsfreiheit bei Ausbildungswahl und persönliche Entwicklung zu mündigen und kritischen Bürger*innen für junge Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Q: www.dgb.de/fileadmin/download_center/Antr%C3%A4ge_23._OBK/DGB_Beschlussunterlagen-23.OBK.pdf

ver.di Jugend Hamburg LBJV v. 24.02.2026 „Unterstützung der Schulstreiks...“

Als Landesbezirksjugendvorstand der Ver.di Hamburg erklären wir uns solidarisch mit den "Schulstreiks gegen die Wehrpflicht" und unterstützen diese generell nach unseren Möglichkeiten, zB. mit Räumlichkeiten oder öffentlichen Solidaritätsbekundungen.

Begründung: Als Verdi-Jugend HH positionieren wir uns generell gegen die Wehrpflicht und gegen Zwangsdienste. Die "Schulstreiks gegen die Wehrpflicht" bergen das Potenzial, zu einer schlagkräftigen Bewegung gegen diese zu werden. Daher wollen wir als Verdi-Jugend-HH die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht nach unseren Möglichkeiten unterstützen.

Quelle: <https://jugend-hamburg.verdi.de/ueber-uns>

ver.di OV Regensburg Vorstand, 9.02.2026 „Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht“ (dito DGB BuJA 16.09.2025)

Die Mitgliederversammlung unterstützt den Beschluss des Bundesjugendausschusses des DGB vom 16.09.2025 in dem es heißt: „Unsere Haltung bleibt klar: Die DGB-Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst

oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ebenfalls ab. Die Mitgliederversammlung fordert den ver.di-Ortsvereinsvorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass der DGB-Kreisverband Regensburg zeitnah eine zentrale, von ihm finanzierte Beratungsstelle einrichtet.

Die Beratungsstelle soll folgende Aufgaben und Angebote umfassen:

- Umfassende Information über Wehrpflicht, Ersatzdienste sowie über mögliche Fragebögen/Verfahren zur Wehrfähigkeit und Vorladung zur Musterung;
- Unterstützung bei der Antragstellung zur Dienstverweigerung bzw. Beratung zu verpflichtenden zivilen Alternativen und Ersatzdiensten;
- Rechtliche Erstberatung und Vermittlung zu spezialisierter Rechtsvertretung;
- psychosoziale Beratung und Begleitung von Betroffenen und deren Familien;
- Betriebs- und jugendorientierte Informationsangebote (Workshops, Schulveranstaltungen, Material für gewerkschaftliche Vertrauensleute und Jugendvertretungen);
- Kooperation mit Mitgliedsgewerkschaften, Bildungs- und Jugendorganisationen, Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Das Beratungsangebot soll vorrangig den Mitgliedern der Einzelgewerkschaften, aber grundsätzlich allen Betroffenen und deren Angehörigen zur Verfügung stehen.

Wir fordern den DGB-Kreisverband auf, die Beratungsstelle personell und finanziell so auszustatten, dass ein flächendeckendes, dauerhaftes Angebot gewährleistet ist.

Quelle: <https://oberpfalz.verdi.de/regional/regensburg>

ver.di OV Regensburg Vorstand, 9.02.2026 „Solidarität mit den Schulstreiks“

Der Vorstand des ver.di Ortsverein Regensburg solidarisiert sich mit den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht und beurteilt deren demokratisches Engagement positiv. Er teilt die Sorgen der Schüler*innen zum Thema Wehrpflicht, Militarisierung, Krieg und Frieden

Die Mitgliederversammlung möge beschließen

- Die praktische Unterstützung, indem Informationen zu den Schulstreiks unter den Mitgliedern und auf allen Ebenen in den Gewerkschaften verbreitet werden.
- Nach Möglichkeit an den Demonstrationen zu den Streiks teilgenommen wird, beispielsweise am 05. März 2026.

Quelle: <https://oberpfalz.verdi.de/regional/regensburg>

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Gegen Wehrpflicht und Bundeswehr in Schulen

„Die GEW Berlin setzt sich gegen die Militarisierung von Bildung und Gesellschaft ein. Sie lehnt jede Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Wehrerfassung grundsätzlich ab und ebenso jegliche verpflichtende Ersatzdienste.

Die GEW Berlin beteiligt sich in diesem Sinne an Aktionen und Aktivitäten gegen die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und sucht die Mitarbeit in Bündnissen gegen die Wehrpflicht.

Die GEW Berlin wird zudem das Bündnis „unter 18 nie“ gegen die Rekrutierung Minderjähriger weiterhin unterstützen.

Die GEW Berlin bestärkt ihre bisherige Beschlusslage und positioniert sich weiterhin strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Sie lehnt jede Art von Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsverwaltung und Bundeswehr ab.

Die GEW Berlin engagiert sich für ein Bildungswesen, das sich der Erziehung zum Frieden verpflichtet. Gerade heute, wo Kriegstüchtigkeit als Ziel der Politik propagiert wird, bekräftigt die GEW Berlin den Bezug auf den Auftrag zur Friedenserziehung, den der § 1 des Berliner Schulgesetzes formuliert, und den Auftrag zur Erhaltung und Wahrung des Friedens, den das Grundgesetz in seiner Präambel und in 18 den Artikeln. 24, 25 und 26 formuliert.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend

Der von der IG Metall Köln-Leverkusen eingebrachte Initiativantrag wurde am 7. Juli 2025 von der Delegiertenversammlung des DGB-Stadtverbands Köln angenommen. In Punkt fünf heißt es: „Der DGB-Stadtverband Köln setzt sich nachdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend unseres Landes darüber ein, ob sie einen Wehrdienst bei der Bundeswehr ableisten möchten.“

Quelle: *GEW-Peacenet*

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Weniger Waffen, mehr Frieden

95 % votierten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Beschlusstext heißt es, „dass sich die DGB Jugend Hessen-Thüringen entschieden gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ausspricht. Statt junge Menschen zwangsweise zum Militärdienst oder zu alternativen Pflichtdiensten zu verpflichten, sollte der Staat in freiwillige und qualifizierte Berufslaufbahnen im zivilen Bereich investieren.

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich daher für folgende Maßnahmen auf allen Ebenen des DGB ein:

- Eine klare politische Positionierung gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.
- Eine politische Initiative zur Verhinderung einer Wehrpflicht-Wiedereinführung, insbesondere durch gewerkschaftliche Kampagnen und öffentliche Aufklärung.
- Eine stärkere Unterstützung junger Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, anstatt sie durch einen Pflichtdienst daran zu hindern.“

Bericht: <https://yenihayat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

DGB-Jugend Bayern am 22. Mai 2025: Wir lehnen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste entschieden ab!

Auf der 22. Bezirksjugendkonferenz am 22. Mai 2025 wurde ein Beschluss gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht getroffen. Die DGB-Jugend Bayern informiert:

„Gesellschaftliches Engagement kann nicht durch Zwang erzeugt werden, sondern nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Wir betonen die Bedeutung von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung“

Quelle: https://www.instagram.com/dgbjugendbayern/p/DLPi_C2o5hD/

EVG-Jugend Baden-Württemberg am 9. Mai 2025: Ausbildung statt Aufrüstung!

"Zunehmende Angriffe von Politik und Arbeitgeberseite auf unser Streikrecht lassen wir uns nicht gefallen. Wir werden heute mehr denn je für die guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Zukunft kämpfen. Her mit der Arbeitszeitverkürzung! Dafür streiten und kämpfen wir.

Eine Ausweitung der Arbeitszeit hat auch für junge Menschen gesundheitliche Folgen. Das schöne Leben gibt's nur mit mehr Freizeit.

Als junge Gewerkschafter*innen stellen wir uns gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft. Immer mehr Geld für Waffen kann nicht das Ziel sein. Unsere Gesellschaft der Zukunft hat echte Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales dringend nötig. Wir wollen eine friedliche und verlässliche Zukunft und nehmen die Lehren aus der Vergangenheit ernst.

Die EVG-Jugend Baden-Württemberg fordert daher:

- Genug Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales! Neben Investitionen in die Infrastruktur braucht es mehr Geld und verbindliche Zusagen für die öffentliche Daseinsvorsorge und unsere dort beschäftigten Kolleg*innen.

- Schluss mit der Militarisierung! Keine Wehrpflicht, keine Aufrüstungsspirale, keine Kriegseinsätze! Krieg als Mittel der Politik lehnen wir grundsätzlich ab.
- Gute Ausbildungsplätze für alle! Wir, die Fachkräfte von morgen, lassen uns nicht als billige Arbeitskräfte ausbeuten – wir fordern gute Ausbildungsbedingungen und eine echte Perspektive!

Die EVG-Jugend Baden-Württemberg fordert nicht weniger als eine lebenswerte Zukunft. Wir machen uns stark für Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze! Wir stehen ein für eine Zukunft, in der wir eine gute Ausbildung und sichere Arbeitsplätze haben, statt in Kriegen verheizt zu werden. Zeigt eure Solidarität und kämpft mit uns für eine gerechte und friedliche Welt!"

Quelle: <https://www.evg-online.org/meldungen/details/news/ausbildung-statt-aufruestung-12664/>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes!

Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 2 „Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes“: „Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde für Jugendliche bedeuten, dass sie gezwungen werden, ihre individuelle Lebensgestaltung einzuschränken, um Befehle zu befolgen und zu lernen, auf andere Menschen zu schießen und sie zu töten. Auch Ersatzdienste zur Wehrpflicht führen zu einer Einschränkung der Selbstbestimmung Jugendlicher bei geringer Vergütung. Sie wirken objektiv lohndrückend und stehen gewerkschaftlichen Interessen entgegen. Dabei können sie die strukturelle Unterbesetzung mit ausgebildeten Fachkräften im sozialen und Gesundheitsbereich nicht lösen. Die GEW Hamburg lehnt die Wehrpflicht ab – ebenso die Einführung anderer Zwangsdienste.“

Quelle: GEW-Peacenet

Nein zu Bundeswehr an Bildungseinrichtungen

DGB-Berlin-Brandenburg 9. Bez.konf. 2026: „Bundeswehr raus und Gewerkschaften rein in die Schulen“

Der DGB Berlin-Brandenburg unterstützt die Forderungen:

- • Gesetzliches Zutrittsrecht für Gewerkschaften
- • Bundeswehr raus aus Schule und Ausbildung!
- • Keine Werbung zur Rekrutierung junger Menschen an Schulen
- • Mehr Mitbestimmung statt Marschbefehle
- • Junge Menschen brauchen keine Infos über Waffen, sondern darüber, wie man sich organisiert, stark macht und gemeinsam etwas an seinen Arbeits- und Lebensbedingungen verändern kann

Der DGB Berlin-Brandenburg setzt sich ferner bei den jeweiligen Landesregierungen, Berlin und Brandenburg, für ein zügiges Gesetzgebungsverfahren ein und nutzt dafür all die ihr zur Verfügung stehenden Mittel.

***Begründung:** Die Schule ist kein Kasernenhof! Wir wollen keine Bundeswehr in Klassenzimmern! Wer über soziale Themen spricht, braucht keine Uniform, sondern Argumente! Wer von Bildung redet, sollte nicht an Kasernen denken, sondern an Demokratie, Teilhabe, betriebliche Mitbestimmung und kritisches Denken.*

Die Bundeswehr hat einen enormen Personalbedarf. Um neues Personal zu gewinnen, lässt sie nichts unversucht. Sie hängt große Werbeplakate in den Städten auf, zeigt auf Social Media-Kanälen den Alltag von Soldatinnen und Soldaten und wirbt aktiv an Schulen, um junge Menschen für die Bundeswehr zu begeistern.

Im Koalitionsvertrag steht geschrieben: „Wir verankern unsere Bundeswehr noch stärker im öffentlichen Leben und setzen uns für die Stärkung der Rolle der Jugendoffiziere ein, die an den Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen.“ Rekrutierung junger Menschen, die möglicherweise durch falsche Anreize von etwas „überzeugt“ werden sollen, um Wehrdienst leisten bzw. für den Dienst an der Waffe ausgebildet werden sollen. Finanziert aus Steuermitteln.

Wirft man einen Blick darauf, mit welchen Argumenten für die Bundeswehr geworben wird, fällt auf, dass etwas

ganz Elementares – vielleicht sogar bewusst – in den Hintergrund rückt bzw. kaum zur Sprache kommt. Die möglichen psychischen Folgen nach einem Einsatz im Kriegsgebiet. Jungen Menschen ist möglicherweise nicht bewusst ist, was es heißt, mit Krieg, Tod, Verwundungen konfrontiert zu sein. Es ist abscheulich, für etwas zu werben, wo junge Menschen unterschreiben, unter Einsatz ihres Lebens, dem Land zu dienen, und deren Dienstherr sie im Zweifel fallen lässt.

Es gehört verboten, dass an Schulen für die Bundeswehr geworben wird. Stattdessen ist es gegenwärtig wichtiger denn je, sich für ein starkes, demokratisches und gesellschaftliches Miteinander einzusetzen und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken. Es ist wichtiger denn je, über die historischen Ereignisse in den Schulen zu lehren, darüber wie Gewerkschaften, Teilhabe und Mitbestimmung entstanden. Was passierte als Faschisten an die Macht kamen und welche Bedeutung gesetzliche Errungenschaften haben, die hart erkämpft und gegenwärtig viel zu oft arbeitgeberseitig in Frage gestellt werden. Wir könnten noch so viel mehr an Begründungen ausführen. Doch es sollte klar geworden sein, warum die Forderungen nach „Gesetzliches Zutrittsrecht für Gewerkschaften“ und die „Bundeswehr raus aus den Schulen“ längst überfällig ist. Es ist wichtiger denn je, die demokratische Bildung in den Schulen zu stärken und nicht den Dienst an der Waffe zu verharmlosen.

Quelle: <https://berlin-brandenburg.dgb.de/aktuelles/news/bezirkskonferenz-des-dgb-berlin-brandenburg/>

GEW-Kreisvorstand Marburg-Biedenkopf 3. Juni 2025: „Gegen die Ertüchtigung der Jugend für den Krieg in Bildungseinrichtungen“

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Bildungseinrichtungen für eine Ertüchtigung der Jugend zum Krieg zu missbrauchen. Die Vorbereitung auf Krieg ist kein Bildungs- und Erziehungsziel. Die Bundeswehr gehört nicht ins Klassenzimmer. Der Bildungsauftrag, den wir als Lehrkräfte haben, kann keineswegs von Jugendoffizieren erfüllt werden.

Wir werden nicht zulassen, dass den SchülerInnen vermittelt wird, Kriege seien legitimes Mittel der Politik. Im Sinne der UN-Charta, des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen fordern wir eine tatsächliche Friedensbildung, die internationale Zusammenarbeit und zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Eskalation in den Mittelpunkt stellt.

Konkret fordern wir:

- Die Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr muss aufgekündigt werden.
- Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Die Rekrutierung in und um Schulen muss verboten werden. Die Teilnahme von unseren SchülerInnen an sog. auch von der Bundeswehr genutzten 'Ausbildungsmessen' soll von uns kritisch begleitet werden.
- Statt lockender Angebote, hinter denen sich bis zu 16 Jahren Dienstverpflichtung verbergen, - bei gleichzeitigem Verschweigen schwerer gesundheitlicher Risiken! - fordern wir echte Lern- und Lebensperspektiven für junge Menschen.
- Während 151 Länder weltweit darauf verzichten, ist Deutschland eines von 46 Ländern, das noch Soldaten unter 18 Jahren rekrutiert. Diese Praxis muss unverzüglich beendet werden.
- Wir positionieren uns gegen eine Neuauflage der Wehrpflicht, auch wenn sie auf Umwegen erfolgen sollte.
- Wir befürworten die Kooperation mit Organisationen, die friedenspolitisch aktiv sind.
- Wir unterstützen die Forderung nach einem 100-Mrd.€-Sondervermögen für die Bildung, statt für Militär und Rüstung.

Der Kreisvorstand wird gebeten, diesen Beschluss allen Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich zu machen und nach Möglichkeit durch die Medien verbreiten zu lassen

Quelle: GEW-Peacenet

Grundrechteabbau und Repressionen

ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026 „Rechtsstaat schützen“

Die ver.di erklärt ihre Solidarität mit Hüseyin Dogru und verurteilt die gegen ihn gerichteten Maßnahmen, die seine Menschenwürde, Meinungsfreiheit und grundlegende Menschenrechte verletzen. Die ver.di führt Informationsveranstaltungen zu diesem Thema durch.

Begründung: Das Recht nur durch ein ordentliches Gericht auf Grundlage von Gesetzen bestraft zu werden ist ein hohes und teuer erkämpftes Gut in diesem Land. Dieses Recht wird durch die aktuelle Sanktionspolitik der EU untergraben. Hier werden Menschen wie Hüseyin Dogru, in Deutschland leben, bestraft, ohne dass ihnen ein rechtsstaatliches Verfahren gewährt wird, ja auch ohne dass ihnen Straftaten vorgeworfen werden. Als Gewerkschafter*innen wissen wir, dass Rechtssicherheit für unsere Arbeit essenziell ist. Wir müssen uns jedem Angriff auf rechtsstaatliche Grundsätze entgegenstellen.

Quelle: Tatjana Sambale

Nein zu Aufrüstung und sog. „Sondervermögen“!

ver.di-OV Stuttgart, MV 18.3.2026: Gegen das 5%- Ziel der NATO

Zur Weiterleitung an die ver.di-Bezirksdelegiertenkonferenz Stuttgart und die Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
(Wortgleich von der DV des DGB Stadtverband Stuttgart am 14.10.25 beschlossen)
Ver.di lehnt das Ziel der NATO ab, die Rüstungsausgaben im Verhältnis zum BIP in den kommenden Jahren auf 5% zu erhöhen. Ver.di wendet sich öffentlichkeitswirksam dagegen und beteiligt sich an Aktivitäten der Friedensbewegung gegen dieses Ziel.

Quelle: Norbert Heckl

ver.di-OV Saar-Blies, Beschluss v. 26. Aug. 2026: Gegen das 5% Ziel der NATO

Antrag an die aoLBK ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland am 21.11.25
ver.di kritisiert die Entscheidung der NATO-Mitgliedsländer, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verknüpft und auf 5 Prozent dieses Wertes erhöht wird.
Die Landesbezirkskonferenz fordert den Landesbezirksvorstand und die Landesleitung auf, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, dass von dieser Zielstellung wieder abgerückt wird. Eine Milliarden Euro starke Aufrüstung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Sozialstaates ist nicht möglich.
ver.di muss auf die künftigen Auseinandersetzungen eingestellt werden. In Fragen Krieg und Frieden darf ver.di sich nicht wegducken. Die Gewerkschaftssekretäre sind angehalten, auf den Belegschaftsversammlungen den Zusammenhang zwischen grenzenloser Aufrüstung und sozialpolitischem Niedergang darzulegen.

Quelle: Michael Quetting, <https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Kein Freifahrtschein für die Aufrüstung – Stattdessen Investitionen in die Bildung

„Im März 2025 haben Bundestag und Bundesrat die Artikel 109, 115 und 143h im Grundgesetz und damit wesentliche Punkte der Finanzverfassung novelliert. Die GEW Berlin lehnt den Teil der Grundgesetzänderung ab, der dem Bund die Möglichkeit einräumt, die Verteidigungsausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, ohne Begrenzung durch Kredite zu finanzieren.
Die damit angestrebte Aufrüstung wird eine Rüstungsspirale auslösen und zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen und hohen Schuldenlasten in der nahen Zukunft führen. Ein weiteres Aufrüsten wird die bestehenden Kriege und Konflikte nicht lösen, sondern noch verschärfen und gleichzeitig zu erheblichen Umweltschäden führen.
Erforderlich sind diplomatische Schritte, um einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern und die bestehenden Kriege zu beenden.“

Als inhaltlichen Schritte in die richtige Richtung begrüßt die GEW Berlin das im März im Grundgesetz verankerte „Sondervermögen“ Infrastruktur. Wir fordern eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Nutzung dieses „Sondervermögens“ Infrastruktur und begrüßen die Möglichkeit, dass nun auch die Bundesländer wie der Bund einen gemeinsamen Verschuldungsspielraum von 0,35 % erhalten haben. Die GEW Berlin kritisiert, dass dieses „Sondervermögen“ für Infrastruktur zu gering ausfällt, um den Investitionsstau in Schulen, Hochschulen und Kitas abzubauen.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend

Dieser von der IG Metall Köln-Leverkusen eingebrachte Initiativantrag wurde am 7. Juli 2025 von der Delegiertenversammlung des DGB-Stadtverbands Köln angenommen:

„Angesichts der bedrohlichen Eskalation der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der zahlreichen kriegesischen Konflikte in Afrika und zwischen den Atommächten Pakistan und Indien fordert die Delegiertenversammlung den DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften auf:

1. Aufklärungsaktionen und -veranstaltungen zu organisieren, die über die Bedrohung des Friedens, der Sicherheit und des planetarischen Lebens durch die gigantische Anhäufung von atomaren und konventionellen Waffen mit ungeheuer gesteigertem Zerstörungspotenzial informieren. Dafür soll insbesondere auch der 1. September als Antikriegstag genutzt werden.
2. Der DGB-Stadtverband und seine Gewerkschaften werden aufgefordert, der Legende entgegenzutreten, eine Aufrüstungsspirale führe zu mehr Sicherheit für die Menschen. Die immer größere Zerstörungskraft der Waffensysteme, ihre immer größeren Reichweiten und extrem schnellen Flugzeiten sowie ihre immer weitere Verbreitung in vielen Ländern des Globus erhöhen technologisch schon jetzt die Risiken einer für alle Menschen lebensbedrohlichen Zerstörung sowie von zufällig ausgelösten Atomkriegen. Erforderlich ist deshalb eine grundlegende gesellschaftliche Debatte über die Aufrüstungslogik und ihre Folgen. Dies gilt aktuell für die Stationierung weitreichender, hyperschneller US-Raketensysteme in Deutschland, die unser Land zum Angriffsziel der ersten Stunde machen würden. In diese gesellschaftliche Debatte sind auch die positiven gewerkschaftlichen Ziele für eine humane, demokratische und friedliche Welt einzubringen. Diese werden durch eine weltweite Aufrüstungsspirale und deren ökonomische, soziale und gesellschaftliche Folgen extrem gefährdet.
3. Der DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich gegen eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens. Weder in den internationalen Beziehungen noch in unserer Zivilgesellschaft darf das Recht des Stärkeren über dem Völkerrecht und den allgemeinen Menschenrechten stehen.
4. Der DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften werden aufgefordert, sich auf allen gewerkschaftlichen Ebenen für Initiativen einzusetzen, die sich für den Erhalt noch vorhandener und vor allem für den Aufbau einer neuen globalen Abrüstungs-, Atomwaffenkontroll- und Sicherheitsarchitektur einsetzen. (...)
6. Der DGB-Stadtverband Köln, der 2017 die Initiative „#No2Percent“ ins Leben gerufen hat, lehnt eine Aufrüstungspolitik ab, die sich an irrationalen finanziellen Kennziffern wie den NATO-Beschlüssen zur Steigerung der Rüstungsausgaben auf 3,5 % bzw. 5 % des BSP ori-

entiert. Die Ausgaben für die Verbesserung der militärischen und zivilen Verteidigungsfähigkeit dürfen sich allein am Auftrag der Bundeswehr zur nationalen Verteidigung orientieren. Sie dürfen nicht der Vorbereitung von Angriffskriegen gemäß Artikel 26 des Grundgesetzes dienen: ‚Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedlichen Leben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.‘

7. Der DGB-Stadtverband Köln setzt sich dafür ein, dass sich jegliche Rüstung allein an der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes orientiert und nicht von Lobbyisten der internationalen Rüstungsindustrie bestimmt wird. Ziele, Umfang und Organisation der Rüstungsausgaben, insbesondere die Beschaffungspolitik der Bundeswehr und die Preispolitik der Rüstungsunternehmen, müssen Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte sein und dem Primat der Politik unterliegen. Übergewinne in der Rüstungswirtschaft sind mit einer Übergewinnsteuer zu belegen.“

Quelle: GEW-Peacenet

Bez.-Frauenkonferenz DGB Baden-Württemberg 28. Juni 2025: Für sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft

Der DGB setzt sich für ein sozial-ökologisches Milliardenprogramm in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz sowie den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Weiterhin sind wir gegen die Lockerung/Aussetzung der Schuldenbremse zugunsten Aufrüstung und Krieg.

Auch ein Sondervermögen zugunsten der Bundeswehr lehnen wir ab. Q: bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (25)

Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen

Wir kritisieren die Entscheidung der NATO-Mitgliedsländer sowie die Zustimmung der Bundesregierung, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verknüpft und auf 5 Prozent dieses Wertes erhöht werden. Der DGB wird aufgefordert, diese Kritik bei der Bundesregierung vorzutragen und zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen diese Entscheidung aufzurufen. Q: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (S. 36)

Auszüge aus der Pressemitteilung des ver.di-Bundesvorstands vom 25. Juni 2025: ver.di kritisiert NATO-Entscheidung zu Verteidigungsausgaben: Verknüpfung mit fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht akzeptabel

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert die Entscheidung der NATO-Mitgliedsstaaten, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verknüpft und auf fünf Prozent dieses Wertes erhöht wird: „Es ist in keiner Weise akzeptabel, dass sich die neue Bundesregierung gemeinsam mit der Mehrheit der NATO-Staaten der Forderung von Donald Trump unterwirft. Noch weniger verständlich ist, dass die Bundesregierung auf Grundlage der aktuellen Einigung über den neuen Bundeshaushalt dieses Ziel sogar noch vorzeitig erreichen will“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am Mittwoch in Berlin.

Der Einigung zufolge sollen bis spätestens zum Jahr 2035 3,5 Prozent der jeweiligen Nationalhaushalte für klassische Militärausgaben reserviert, weitere 1,5 Prozent für militärisch

nutzbare Infrastruktur und Terrorbekämpfung eingesetzt werden. Bezogen auf den deutschen Bundeshaushalt von 2024 entsprächen fünf Prozent einem Gesamtaufwand von 215 Mrd. Euro – jährlich! „Das ist eine Summe, die nicht aus dieser Welt ist, auch wenn sie in wesentlichen Teilen über Schulden und nicht durch Steuereinnahmen finanziert wird“, betonte Werneke. Irgendwann müssten diese Kredite getilgt werden. Die Schuldentragfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland müsse in erster Linie für Infrastrukturinvestitionen genutzt werden. (...)“ Q: <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++502cfe7c-51bf-11f0-b139-b90f8de11223>

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Keine Aufrüstung

„[Die Bezirksjugendkonferenz möge beschließen,] dass sich die DGB Jugend Hessen Thüringen auf allen Ebenen generell, aber im Besonderen gegen die aktuellen Aufrüstungspläne in Deutschland [1] als auch in Europa [2] stellt. Stattdessen setzen wir uns zusammen mit den Beschäftigten für eine Umwandlung der Rüstungsindustrie, bei Erhalt aller Arbeitsplätze, in eine zivile Industrie ein.“

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/schwarz-rotes-finanzpaket-einigung-gruene-100.html>

[2] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-milliarden-plan-aufruestung-100.html>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Auszug aus dem Beschluss des Gewerkschaftstag der GEW Hamburg:

„Nach fast drei Jahren der ‚Zeitenwende‘ in der Politik der Bundesregierung bekräftigen wir als Gewerkschafter:innen unsere Haltung für friedliche Konfliktlösungen und für ein Bildungssystem ohne Einfluss militärischer Interessen. Als Teil der Friedensbewegung und vor dem Hintergrund fehlender 100 Milliarden EUR in der Bildung, stellen wir uns als Lehrer:innen, Erzieher:innen, Pädagog:innen, Student:innen und Wissenschaftler:innen in Bildung und Forschung gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung. Die Gefahr einer Eskalation der laufenden Kriege ist real. Diese Entwicklung ist nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten, für die unsere Gewerkschaften stehen. Wir brauchen keine Milliardenpakete für Aufrüstung, sondern für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales. (...)“

Quelle: GEW-Peacenet

GEW Bayern 20.-22. April 2023: „Für Frieden, Abrüstung u. Völkerverständigung“

„Nach mehr als einem Jahr ‚Zeitenwende‘ in der Politik der Bundesregierung bekräftigen wir als Gewerkschafter*innen unsere Positionen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Als Teil der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung und vor dem Hintergrund fehlender 100 Milliarden in der Bildung, stellen wir uns als Lehrer*innen, Erzieher*innen, Pädagog*innen, Student*innen und Wissenschaftler*innen in Bildung und Forschung gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung.

Unsere Positionen sind hochaktuell, denn jeder weitere Tag des Angriffskriegs gegen die Ukraine bedeutet für die betroffenen Menschen mehr Leid und Zerstörung. Wir hören von bis zu 1.000 Toten pro Tag auf jeder Seite. Mit jedem Tag wächst die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen. Der Welt droht immer mehr ein neuer großer Krieg. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über Europa. Militär und Krieg sind maßgebliche Faktoren der Umweltzerstörung und damit die größten Fluchtursachen.

Diese Entwicklung kann nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten sein, für die unsere Gewerkschaften stehen. Wir brauchen keine Milliardenpakete für Aufrüstung, sondern für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales. Das Wichtigste im Moment ist die Gewalt-Spirale

zu stoppen, den Weg zu einem sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu finden.

Wir wissen, dass das erste Opfer in Kriegssituationen die Wahrheit ist. Deshalb brauchen wir in den Bildungseinrichtungen verstärkt politische Bildung und eine aufgeklärte Medienerziehung für den kritischen Umgang mit Kriegspropaganda. Wir stehen weiterhin gegen jede Militarisierung im Bildungsbereich und gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr. Wir sagen: Unter 18 nie!

Als Bildungsgewerkschaft fordert die GEW Bayern:

- Stärkung der friedenspolitischen Bildung! Mehr Geld für Bildung anstatt für Aufrüstung!
- Zurücknahme des Aufrüstungsprogramms! Frieden schaffen ohne Waffen!
- Für einen sofortigen Waffenstillstand! Die Bundesregierung muss alle Energien auf diplomatische Anstrengungen legen!“

Q:<https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/fuer-frieden-abruestung-und-voelkerverstaendigung>

Auszüge aus der Erklärung der Jugend-VL Volkswagen Werk Kassel vom 19. Juli 2022: „Gegen den Krieg und Aufrüstung – 100 Milliarden für unsere Interessen!“

„(...) Leider ist in der öffentlichen Debatte häufig der Eindruck entstanden, dass Waffen das einzig richtige Mittel zur Unterstützung der Bevölkerung in der Ukraine seien. Konflikte dieser Art einzig militärisch und nicht diplomatisch lösen zu wollen, führt jedoch in den Abgrund.

Zudem hat der öffentliche, demokratische Diskurs sowohl über Waffenlieferungen, als auch über die Konsequenzen in der und für die Bundesrepublik kaum stattgefunden, obwohl gerade das mehr als nötig war und ist. Denn gerade dazu brauchen wir Analyse und eine breite Debatte.

Umfragen haben gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind. Bei der Frage nach der Lieferung von schweren Waffen, haben sich 45% dafür und 45% dagegen ausgesprochen (Umfrage infratest dimap für den ARD DeutschlandTrend im April 2022).

Die Gewerkschaftsbewegung war und ist dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung verpflichtet, wie es in § 2 der Satzung der IG Metall unter Aufgaben und Zielen benannt wird.

Auf den letzten Gewerkschaftstag im Oktober 2019 heißt es dazu in der EntschlieÙung 2: *„Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen.“*

Wir nehmen diese Ziele ernst, daher lehnen wir Jugendvertrauensleute das am 3. Juni 2022 beschlossene „Sondervermögen Bundeswehr“ ab. 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr, die Erreichung des sogenannten 2 % BIP-Ziels der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands sind der falsche Weg. Die 100 Mrd. € die nun in die Rüstungsindustrie fließen, bräuchten wir als Jugend für unsere Interessen!

Schon heute liegt der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik bei rund 50 Mrd. € jährlich. Die Beschlüsse werden auch kein Mehr an Abschreckung bedeuten, denn schon heute übersteigen die Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten (natürlich noch ohne Schweden und Finnland) die Ausgaben Russlands für Militär um ein Vielfaches. Deutschland darf sich nicht mit

falschen Entscheidungen auf den Weg einer militaristischen Konfrontation und einer möglichen Hochrüstungsspirale begeben. Was wir jedoch brauchen, sind Strategien für Lösungen am Verhandlungstisch, Deeskalation und neue Initiativen für Abrüstung.

Es kann außerdem nicht sein, dass nun, grundgesetzlich abgesichert, in erheblichem Maße Schulden aufgenommen werden, um Waffen zu kaufen, während seit Jahren aufgrund der Schuldenbremse wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Sozialstaat, Bildungs- und Gesundheitswesen (trotz Corona-Krise) und den ökologischen Umbau der Wirtschaft unterlassen werden.

(...) Denn wir arbeitenden Menschen werden den Preis für die Aufnahme der 100 Mrd. € Staatsschulden in den nächsten Jahren zahlen müssen. Das können wir nicht hinnehmen. Weiterhin gibt es weltweit drängende Probleme, wie Klimakrise, Pandemien, Armut und eklatante Verteilungsschieflagen. Um dies zu lösen ist gemeinsamer Dialog mit der gesamten Staatengemeinschaft wichtig und nicht mehr Waffen. (...)

Quelle: https://www.kasseler-friedensforum.de/pdf/Resolution_Antikrieg_Jugendvertrauensleute.pdf

DGB-Bundeskongress 2022: Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft (Auszug)

„(...) Auf der Ausgabenseite bleibt es dabei, dass wir milliardenschwere zusätzliche Rüstungsausgaben strikt ablehnen. Weil das Geld für weit Wichtigeres gebraucht wird, werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiterhin entschlossen dafür eintreten, dass die Bundesregierung von dem NATO-Ziel Abstand nimmt, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen (...).“

Quelle: <https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++420d7a56-d067-11ec-8264-001a4a160123>

IGM-Gewerkschaftstag 2019: #No2Percent – Frieden geht anders – klare Positionierung gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP

„Die IG Metall lehnt bewaffnete Interventionen ohne UNO-Mandat ab. Zudem fordert sie alle Abgeordneten des Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel für die Rüstungsausgaben zu engagieren. Die IG Metall fordert verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition ‚Abrüsten statt Aufrüsten‘.

Die Nato Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdoppelung. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Zwei Prozent BIP für Rüstungsausgaben, das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Deutschland darf nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschluesse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 255)

Gegen Militarisierung und Sozialabbau

ver.di FB C Bezirk München + Region, MV v. 13.06.2026: „Rüstung runter, Löhne und Soziales rauf! – Gegen Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsertüchtigung“

1. ver.di positioniert sich klar und unmissverständlich gegen Militarisierung, Aufrüstung und die sogenannte „Kriegsertüchtigung“ von Gesellschaft, Arbeitswelt und öffentlicher Daseinsvorsorge.
2. ver.di lehnt die weitere massive Erhöhung der Rüstungsausgaben sowie die Umleitung öffentlicher Mittel zugunsten militärischer Zwecke ab. Stattdessen fordert ver.di Investitionen in Löhne, soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung, Pflege, Klimaschutzmaßnahmen, Verkehr und andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.
3. ver.di stellt sich gegen Maßnahmen der Militarisierung im Alltag von Beschäftigten, insbesondere:
 - a) gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht,
 - b) gegen Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen,
 - c) gegen militärische Einsatz- und Notfallplanungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die zivile Bedarfe dem Militär unterordnen.
4. ver.di unterstützt und fördert innergewerkschaftliche Diskussionen, Bildungsarbeit und öffentliche Aufklärung, um der militaristischen Propaganda und der politischen Legitimation von Aufrüstung entgegenzutreten.
5. ver.di unterstützt Proteste, Aktionen und Bündnisse gegen Aufrüstung, Waffenlieferungen und Sozialabbau, sowie für Klimaschutz und bringt sich aktiv in entsprechende gesellschaftliche Mobilisierungen ein.

Begründung

1. *Militarisierung geht zulasten der Beschäftigten*
Seit der von der Bundesregierung ausgerufenen sogenannten „Zeitenwende“ ist eine massive Verschärfung der Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik zu beobachten. Hunderte Milliarden Euro werden für Rüstung und Militär mobilisiert, während gleichzeitig behauptet wird, für notwendige Investitionen in Gesundheit, Pflege, Bildung, öffentlichen Verkehr und soziale Sicherheit fehle das Geld. Diese Prioritätensetzung trifft unmittelbar die Beschäftigten und die von ver.di vertretenen Bereiche.
2. *Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten derselben Politik*
Die Kosten der Aufrüstung sollen von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden – durch Reallohnverluste, Kürzungen im Sozialstaat, Angriffe auf Arbeitszeitregelungen, Renten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Militarisierung dient dabei auch als politische Legitimation für Sozialabbau, den Verzicht auf zukunftsichernde sozialverträgliche Klimaschutzmaßnahmen, autoritäre Maßnahmen und die Einschränkung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte. Dagegen muss sich eine Gewerkschaft klar und grundsätzlich positionieren.
3. *Kriegsertüchtigung betrifft die Arbeitswelt unmittelbar*
Militarisierung bleibt nicht abstrakt. Sie zeigt sich konkret in Betrieben und Einrichtungen: im Gesundheitswesen durch Planungen für militärische Priorisierung, in Schulen durch Bundeswehrwerbung, in Verwaltungen und Betrieben durch Notstands- und Kriegsszenarien. Diese Entwicklung widerspricht den gewerkschaftlichen Grundwerten von Solidarität, sozialer Sicherheit und ziviler Konfliktlösung.
4. *Gewerkschaften brauchen eine eigenständige friedenspolitische Haltung*
ver.di steht in der Tradition einer internationalen, solidarischen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tradition verpflichtet dazu, sich nicht auf die Logik militärischer Eskalation einzulassen, sondern

die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen über nationale und geopolitische Grenzen hinweg zu vertreten. Internationale Solidarität statt Aufrüstung ist eine zentrale gewerkschaftliche Antwort auf Krieg und Krise.

5. Mobilisierung statt Schweigen

Eine bloß reaktive oder zurückhaltende Haltung reicht angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht aus. ver.di muss Räume für Diskussion schaffen, Gegenpositionen sichtbar machen und gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Widerstand gegen Militarisierung und Sozialabbau organisieren. Die Unterstützung von Protesten, auch von Initiativen aus der Jugendbewegung gegen Wehrpflicht und Rekrutierung, ist dafür ein wichtiger Bestandteil. Der Grundsatz ist klar: Öffentliche Mittel werden für gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine solidarische Gesellschaft gebraucht – nicht für Aufrüstung und Krieg.

Rüstung runter, Löhne und Soziales rauf!

Quelle: <https://muenchen.verdi.de/branchen/gesundheit-soziale-dienste-wohlfahrt-und-kirchen>

Schluss mit dem Krieg in Palästina!

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch

„Die GEW Berlin schließt sich dem Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW Hamburg vom 7.5.2025 an. Sie unterstützt die Intention der Petition ‚Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!‘ die von namhaften NGOs wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V. und dem Weltfriedensdienst e.V. initiiert wurde.

Die GEW Berlin unterstützt Aktivitäten, die geeignet sind, die Forderungen dieser Petition zu unterstützen.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Frieden im Nahen Osten

„Der schreckliche Krieg im Nahen Osten forderte hunderttausende Tote und es werden trotz Waffenstillstandsabkommen vom 19.01.2025 täglich mehr. Wir müssen erneut eine kriegerische Auseinandersetzung beobachten, die in einen historischen Kontext von über hundert Jahren einzuordnen ist. Für uns als Gewerkschafter*innen ist jeder Mensch unentbehrlich und alles damit verbundene Leid unerträglich. Die Resolution fordert beispielsweise Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen. Was nach der UN-Resolution eine Grundlage wäre, für eine Zweistaatenlösung.“

Zit. nach Bericht: <https://yenihayat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

DGB-Bundesvorstand am 1. Juli 2025: Die Gewalt in Gaza beenden – jetzt! (Auszüge aus der Resolution)

„(...) Als Folge der israelischen Militäroperation ist die Lage für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen inzwischen katastrophal. Nach über eineinhalb Jahren Krieg gibt es mehrere zehntausend Tote und weit über 100.000 Verletzte, darunter viele Kinder. Die Menschen hungern, medizinische Versorgung ist kaum mehr möglich. Gaza gleicht einer Trümmerwüste. Und Teile der rechtsgerichteten israelischen Regierung streben zusätzlich offen die Vertreibung

der Palästinenser*innen aus dem Gaza-Streifen sowie eine dauerhafte Besetzung und Besiedelung an.

Als Gewerkschafter*innen trauern wir um alle unschuldigen Opfer des Krieges.

Das unfassbare Leid der Zivilbevölkerung in Gaza bewegt viele Menschen weltweit. Es erzeugt verständlicherweise Schmerz, Wut und berechtigte Kritik an der israelischen Regierung. Immer mehr Regierungen benennen das Vorgehen Israels als völkerrechtswidrig. (...) Kritik am israelischen Regierungshandeln ist nicht gleichzusetzen mit Antisemitismus. Solidarität mit Palästinenser*innen bedeutet für uns keine Unterstützung der Hamas. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen jede Form von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, die das Leben von Muslim*innen und Jüdinnen und Juden erschwert. (...)

- Die vollständige Wiederaufnahme der Hilfslieferungen und der Aufbau eines verlässlichen, Chaos und Opfer vermeidenden Verteilsystems in der Verantwortung der UN müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. (...)
- Israel hat ein unzweifelhaftes Recht auf eine friedliche Existenz und auf Selbstverteidigung – im Rahmen des Völkerrechts. Das bedeutet auch, dass die israelische Regierung ihre zusätzlich eskalierende Siedlungspolitik und den Siedlungsausbau im Westjordanland und im Golan beenden muss. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die zunehmende Siedlergewalt im Westjordanland sowie die Zwangsumsiedlung palästinensischer Gemeinden.

(...) Wir lehnen Krieg, Gewalt und alle Formen von Rassismus entschieden ab. Verhandlungslösungen müssen stets Vorrang vor militärischen Konflikten haben.“

Die vollständige Erklärung: <https://www.dgb.de/aktuelles/news/die-gewalt-in-gaza-beenden-jetzt/>

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Für Frieden im Nahen Osten

„Im Gegensatz zur bisherigen einseitigen Positionierung des DGB im Sinne Israels, beschloss die Konferenz eindeutig klare Positionen für Frieden im Nahen Osten. So, dass die Beschlüsse der Vereinten Nationen und ihrer Organe von der DGB Jugend Hessen-Thüringen anerkannt werden und sich damit beschäftigt werden soll. Angeführt wurden Vorwürfe gegen Israel vom Sonderausschuss der UN, Hunger als Waffe einzusetzen. Die Ablehnung von Rüstungsexporten in Krisenländer wurde erneut bestätigt. Die Sicherheit der Palästinenser und der Israelis habe oberste Priorität.

Im Antrag heißt es außerdem: *„Der schreckliche Krieg im Nahen Osten forderte hunderttausende Tote und es werden trotz Waffenstillstandsabkommen vom 19.01.2025 täglich mehr. Wir müssen erneut eine kriegsartige Auseinandersetzung beobachten, die in einen historischen Kontext von über hundert Jahren einzuordnen ist. Für uns als Gewerkschafter*innen ist jeder Mensch unentbehrlich und alles damit verbundene Leid unerträglich. Die Resolution fordert beispielsweise Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzurufen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen. Was nach der UN-Resolution eine Grundlage wäre, für eine Zweistaatenlösung.“*

Aus dem Bericht auf: <https://yeniheyat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Unterstützung der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“

Beschluss des Gewerkschaftstag der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025:

1. Die GEW Hamburg unterstützt aktiv die Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ (Text siehe unten), die von namhaften NGOs wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V. und dem Weltfriedensdienst e.V. initiiert wurde.
2. Die GEW Hamburg initiiert und unterstützt öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, die auf die Durchsetzung der in der Petition formulierten Ziele gerichtet sind.

Text der Petition:

„Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“

Wir fordern von der Bundesregierung:

1. *sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;*
2. *alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;*
3. *von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;*
4. *wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;*
5. *im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;*
6. *die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;*
7. *sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;*
8. *das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.“*

Quelle: GEW-Peacenet

Auszüge aus der Erklärung des GEW-Hauptvorstand am 17. Juli 2024: GEW unterstützt Forderung nach Waffenstillstand

„(...) Mit großer Besorgnis blicken wir auf den Krieg im Gaza-Streifen mit zehntausenden Toten und Verletzten in der palästinensischen Zivilbevölkerung. Die Hamas benutzt die Zivilbevölkerung in Gaza als menschliche Schutzschilde und begeht damit schwere Kriegsverbrechen. Die israelische Regierung muss ihrer Verantwortung umgehend nachkommen, die Zivilbevölkerung in Gaza zu schützen, deren Versorgung sicherzustellen und die bestehende humanitäre Katastrophe zu beenden. Menschen, die ohne ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren festgehalten werden, müssen freigelassen werden.

Zudem besteht weiterhin die Gefahr einer Ausweitung und Eskalation des Kriegs in der Region. Die GEW unterstützt die Forderung ihres globalen Dachverbands Education International nach einem umgehenden und dauerhaften Waffenstillstand sowie einem sofortigen Zugang zu humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza. Zur humanitären Unterstützung von Lehrkräften und Schüler*innen hat Education International in Zusammenarbeit mit den palästinensischen Bildungsgewerkschaften einen Hilfsfonds eingerichtet, an dem sich die GEW beteiligt hat.

Die Situation im Westjordanland bleibt ebenfalls angespannt. Die Ankündigung der israelischen Regierung, weitere Siedlungen im Westjordanland anzuerkennen ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Sie wird zudem eine Zweistaatenlösung weiter erschweren, für die es diplomatische Initiativen braucht und die eine Perspektive dafür bietet, dass die Menschen in Israel und Palästina in Sicherheit leben können. (...)“

Quelle: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-unterstuetzt-forderung-nach-waffenstillstand>

Resolution des Fachbereichs C des ver.di-OV Nürnberg am 27. November 2023: Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitsbereich in Gaza

Wir begrüßen den Waffenstillstand im Nahen Osten und die Möglichkeit der Lieferung von dringend notwendigen Hilfsmitteln für die seit 7 Wochen unter Dauerbeschuss stehende Bevölkerung im Gaza-Streifen.

Durch die Blockade von Wasser, Treibstoff und Strom leiden die Menschen im Gaza-Streifen mittlerweile nicht nur an Mangelerkrankungen, sondern es mehren sich auch die Anzeichen von sich ausbreitenden Magen-Darminfektionen. Die Blockade wird immer tödlicher. Nahrungsmittel, Wasser und Medizinprodukte gehen aus.

Wir verurteilen die Taten der Hamas. Diese rechtfertigen jedoch keine Kollektivstrafe für die Menschen in Gaza.

Wir schicken solidarische Grüße an das medizinische Fachpersonal in Gaza. Krankenhäuser, Krankenwagen, PatientInnen und medizinisches Personal dürfen nicht erneut zu militärischen Zielen werden.

Die 7 Wochen Bombardierung fordern besonders dem medizinischen Personal dort einen hohen physischen und emotionalen Preis ab. Unablässig und unerschütterlich arbeiten sie unter desaströsen Bedingungen: teilweise ohne Anästhesie, fehlenden wichtigen Medikamenten, mit Stromausfällen. Sie arbeiten bis zur Erschöpfung für ihre PatientInnen in Krankenhäusern, die zum Teil auch noch von der israelischen Armee gestürmt werden.

Wir fordern deshalb:

- Einen dauerhaften Waffenstillstand von beiden Seiten und Aufnahme zur Verhandlung für die Freilassung der Geiseln, sowie für gleiche Rechte aller Menschen in Gaza, Israel und Westjordanland.
- Medizinische Hilfe, Nahrung und Treibstoff müssen den Menschen und Krankenhäusern im Gaza Streifen unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden.
- Möglichkeit für Patient*Innen, in sicheren Gebieten außerhalb von Gaza medizinische Hilfe zu bekommen, da ein Großteil der Krankenhäuser dort nicht mehr funktionsfähig ist.
- Keine Waffenlieferungen an Israel!

Wir sind der Überzeugung, dass es nur durch einen gerechten Frieden und gleichen Rechten für alle seien es Israelis oder Palästinenser*Innen zu einem dauerhaft sicheren Leben für alle dort kommen kann.“

Quelle: Tatjana Sambale (Nürnberg)

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

ver.di Landesbezirkfachbereichsvorstand FB B Hamburg v. 17.03.2026; „Unterstützung der gewerkschaftlichen Initiative zur Unterstützung Kubas“

Der Landesbezirkfachbereichsvorstand unterstützt die gewerkschaftliche Initiative zur Unterstützung Kubas, entsendet eine Kollegin zur Gründungsveranstaltung und macht sie im

Fachbereich und unter den Kolleg:innen bekannt. https://www.netzwerk-cuba.org/wp-content/uploads/2026/03/Gruendungsaufwurf_mit-ErstunterzeichnerInnen_final.pdf

Quelle: <https://oeffentliche-private-dienste-hh.verdi.de/>

IGM 25. Ordentlicher Gewerkschaftstag Okt. 2023; G.O18 „Solidarität mit Kuba! US-Wirtschaftsblockade beenden - Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig ausbauen“

Die IG Metall befürwortet die Aufhebung der US- Wirtschaftsblockade gegen Kuba mit den negativen Auswirkungen auf seine Bevölkerung und fordert die Bundesregierung auf, der Unterstützung Kubas bei der Abstimmung in der UNO-Vollversammlung zur sofortigen Beendigung der US-Blockade konkrete Taten folgen zu lassen. Dies ist schon lange die Grundlage, um den aktiven Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba zu entwickeln. Dadurch kann ein dauerhafter Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen in Kuba begonnen bzw. geleistet werden.

Am 3. November 2022 stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) mit überwältigender Mehrheit für den Antrag Kubas zur sofortigen Beendigung der US-Wirtschaftsblockade ab. Sie tat dies mit 185 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 2 Nein-Stimmen. Unsere Bundesregierung stimmte, genauso wie alle anderen EU-Mitgliedsländer, erneut mit ‚Ja‘. Dies ist sehr zu begrüßen, darf aber nicht weiterhin folgenlos bleiben, denn diese Abstimmung fand 2022 schon zum dreißigsten Mal statt.

Jahr für Jahr lehnt die Welt diese Politik des gewollten wirtschaftlichen Erstickens ab. Und darunter leidet die kubanische Bevölkerung erheblich. Die durch die Wirtschaftsblockade für Kuba enorm verteuerten Import-/ Exportbedingungen führten im Jahr 2022 bspw. zu einer 40- prozentigen Inflation in Kuba, also eines faktischen Einkommensverlustes in gleicher Höhe.

Die US- Blockade gegen Kuba ist in ihrer Intensität, Tiefe und Dauer einmalig auf der Welt. Durch ihre Blockadepolitik ignorieren die USA die staatliche Souveränität und damit auch den freien Warenaustausch Kubas mit anderen Ländern auf der gesamten Welt. Den US-Regierungen ging und geht es dabei nicht um die vielbeschworenen Menschenrechte, sondern um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie in Mittel- und Lateinamerika. Im Kern geht es den dahinter stehenden US- Interessengruppen, Konzernen und in den USA etablierten kubafeindlichen Organisationen um die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse in Kuba, wie sie vor der kubanischen Revolution 1959 bestanden haben. Dies würde Armut, Elend und die Zerstörung der jetzt geltenden Lebensverhältnisse und selbstverständlichen sozialen Menschenrechte für die gesamte Bevölkerung Kubas bedeuten. Und Kuba wird von vielen Menschen in den Ländern Mittel- und Südamerikas als gesellschaftliche Alternative angesehen.

Trotz der Blockade und der zahllosen Erschwernisse und massiven Behinderungen gelingt es der kubanischen Regierung und vielen gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen auch weiterhin, bei niedrigem Lebensstandard und geringen Staatseinnahmen sowohl eine Ernährung aller Kubaner*innen zu garantierten Niedrigpreisen, ein funktionierendes Bildungssystem und die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle aufrecht zu erhalten oder sogar weiter zu entwickeln, wie die Entwicklung eigener Impfstoffe gegen Covid 19 zeigt. Dies verbraucht enorme Ressourcen, was wiederum Einschränkungen für alle Menschen bedeutet. Und deshalb braucht Kuba unsere Solidarität und auch ihre Weiterentwicklung. Ein negativer Höhepunkt war die Einstufung Kubas als sog. „Terrorstaat“ als einer der letzten offiziellen Akte des vormaligen US- Präsidenten Donald Trump. Diese selbstherrliche, durch nichts begründete Einstufung durch die USA, hat längst weitere negative Einschränkungen für Kuba zur Folge, um seine wirtschaftliche Entwicklung substanziell weiter zu behindern.

Faktisch stellt dies eine Gewaltanwendung gegen Kuba dar. Und das Gegenteil von „Terror“ ist der Fall: Kuba leistet trotz seiner ihm auferlegten, massiven, Einschränkungen Hilfe zur Selbsthilfe in seinen Nachbarländern, wie zum Beispiel in Haiti oder unterstützt Italien und Portugal durch den befristeten Einsatz von Ärzten*innen. Zudem ist die kubanische Regierung, wie die deutsche Bundesregierung auch, aktiv am Friedensprozess in Kolumbien beteiligt.

Spanien ist inzwischen der bedeutendste Handelspartner Kubas in Europa. Dies ist für jedes EU-Mitgliedsland schon seit 2016 verstärkt möglich. Die Bundesregierung kann sowohl durch einen heute schon möglichen Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba bilateral und im Rahmen der EU einen nachhaltigen Beitrag zu einer stärkeren, eigenständigen Entwicklung Kubas leisten.

Quelle: www.igmetall.de/download/20240321_25_oGT_Beschlussbuch_alle_Antr_ge_e2a291ba8b8d13ad70f7dd95415c871e4f41d3df.pdf

Gaza und Israel

ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Kooperation mit der Histadrut aussetzen – Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen stärken“

Antragsteller:in: Betriebsgruppensprecherinnen Klinikum Nürnberg

Weiterleitung an: Bezirkskonferenz, Landesbezirksfachbereichskonferenz, Landesbezirkskonferenz

Dafür einzutreten, dass die bestehende Kooperation mit der israelischen Gewerkschaft Histadrut mit Hinblick auf eine bis auf Weiteres zu erfolgende Aussetzung geprüft wird.

1. Stattdessen fordern wir den Aufbau von Kontakte zu israelischen und palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Menschenrechte, Völkerrecht und Frieden einsetzen.
2. Insbesondere soll eine Zusammenarbeit mit den israelischen NGOs „Breaking the Silence“ und Physicians for Human Rights – Israel (PHRI) geprüft und entwickelt werden.
3. ver.di verurteilt die gezielten Angriffe und die Zerstörung des Gesundheitswesens und des Bildungswesens in Gaza als Kriegsverbrechen nach geltendem Völkerrecht.
4. ver.di setzt sich aktiv für gewerkschaftliche und zivile Initiativen ein, die sich für einen Waffenstillstand, den Schutz der Zivilbevölkerung und eine friedliche Konfliktlösung einsetzen.
5. ver.di spricht sich aktiv für einen Stopp aller Waffenlieferungen nach Israel aus.

Begründung: Gewerkschaften stehen traditionell für internationale Solidarität, Frieden und die Verteidigung von Menschenrechten. Diese Grundsätze müssen auch in internationalen Partnerschaften Maßstab sein.

Die israelische Gewerkschaft Histadrut hat sich in den vergangenen Monaten mehrfach politisch positioniert, ohne zugleich ausreichend die humanitären Folgen des Krieges in Gaza zu thematisieren. Besonders kritisch wird bewertet, dass der Vorsitzende der Histadrut öffentlich eine Rakete signiert hat, die im Gaza-Krieg eingesetzt werden sollte. Eine solche symbolische Unterstützung militärischer Gewalt steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien gewerkschaftlicher Friedenspolitik.

Zudem wird die Histadrut seit langem dafür kritisiert, palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gleichberechtigt zu vertreten. Internationale Gewerkschaftsinitiativen und Menschenrechtsorganisationen weisen wiederholt auf strukturelle Ungleichheiten hin.

Eine Aussetzung der Kooperation bedeutet keine Abkehr von Solidarität mit israelischen Beschäftigten. Im Gegenteil: Eine glaubwürdige internationale Solidarität umfasst alle Beschäftigten in der Region – israelische wie palästinensische.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die Zusammenarbeit stärker auf zivilgesellschaftliche Organisatio-

nen auszurichten, die sich aktiv für Frieden, Menschenrechte und eine kritische Auseinandersetzung mit militärischer Gewalt einsetzen.

Die israelische Organisation „Breaking the Silence“ besteht aus ehemaligen israelischen Soldatinnen und Soldaten, die über ihre Erfahrungen in den besetzten Gebieten berichten und sich für Transparenz, Menschenrechte und eine politische Lösung des Konflikts einsetzen. Ihre Arbeit trägt zu einer kritischen gesellschaftlichen Debatte in Israel bei und verdient Unterstützung durch internationale Gewerkschaften.

Eine Kooperation mit solchen Organisationen stärkt:

- * gewerkschaftliche Friedenspolitik

- * internationale Solidarität

- * Menschenrechte und Völkerrecht

- * Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Akteur*innen

Gerade in Zeiten eskalierender Gewalt sollten Gewerkschaften ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und aktiv für Frieden, Diplomatie und soziale Gerechtigkeit eintreten.

Deshalb beantragen wir die Aussetzung der Kooperation mit der Histadrut und den Aufbau von Kontakten zu zivilgesellschaftlichen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen wie Breaking the Silence und Physicians for Human Rights – Israel (PHRI)

Quelle: Tatjana Sambale

ver.di Fachgruppenvorstand Öffentlicher Dienst Hamburg v. 19.06.2025; „Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza - Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden! unterstützen“

Der Fachbereichsvorstand öffentlicher Dienst beschließt die medico Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza - Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden! zu unterstützen. Die Petition wird im Fachgruppenvorstand und in den Betriebsgruppen bekannt gemacht.
<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

Quelle: <https://oeffentliche-private-dienste-hh.verdi.de/mein-arbeitsplatz/oeffentliche-dienstleistungen>

Venezuela

ver.di Jugend Hamburg, LBJV v. 30.01.2026; „Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Venezuela“

Ver.di Hamburg verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff auf Venezuela und die Entführung von Präsident Nicolás Maduro und Cilia Flores!

Internationale Solidarität und Frieden statt imperialistisches Machtgehabe!

Vom 2. auf den 3. Januar 2026 hat das US-Militär einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Bolivarische Republik Venezuela begangen. Dabei wurden mindestens 80 Menschen getötet sowie der Präsident Nicolás Maduro und die First Lady Cilia Flores durch US-Spezialeinheiten entführt. Der Angriff auf Venezuela und die Entführung Maduros durch die USA sind der Versuch, geopolitischen Einfluss, militärische Dominanz und den Zugang zu Erdöl-Reserven zu erlangen. Dies richtet sich gegen die Verwirklichung des Völkerrechts, welches die Selbstbestimmung und Souveränität der Völker vor allem durch das Verbot von Gewalt und das Gebot friedlicher Konfliktlösung als Auftrag formuliert. Die Rohstoffe eines Landes müssen den Menschen, die darin leben, zugutekommen und nicht der Profitmehrung ein paar Weniger auf Kosten von Mensch und Umwelt. Der Überfall auf Venezuela ist gegen die Nutzung der venezolanischen Ölreserven „für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ (UN-Charta, Artikel 55) im Sinne der Bevölkerung gerichtet. Er stellt damit einen direkten Einschüchterungsversuch gegen das Streben der Weltbevölkerung nach einem Ende von Unterdrückung und Ausbeutung und für die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit und die Überwindung von Armut weltweit – auch hierzulande – dar.

Ver.di Hamburg ist solidarisch mit der venezolanischen Bevölkerung, den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften und tritt entschieden gegen jede Form militärischer Aggression, Regimewechselpolitik und imperialistischer Einmischung ein. Wir schließen uns der internationalen Gewerkschaftsbewegung an, die sich entschieden gegen die militärische Aggression wendet und die sofortige Freilassung von Nicolás Maduro und Cilia Flores sowie die Einhaltung des Völkerrechts fordert. Aus diesem Grund beteiligt sich die ver.di Hamburg an dem bundesweiten Aktionstag „Für die Verwirklichung der UN Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ am 14. Februar 2026.

Begründung: Kriege, Militarisierung und Sanktionen treffen immer zuerst die arbeitende Bevölkerung. Sie verschärfen Armut und Ausbeutung, hierzulande und weltweit. Die materiellen Voraussetzungen für die Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheit sind längst vorhanden. Ihre Verwirklichung scheitert nicht an Mangel, sondern an politischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Internationale Solidarität, Frieden und die Verwirklichung des Völkerrechts sind daher zentrale gewerkschaftliche Anliegen.

Erklärung des IGB und der TUCA zu Venezuela: <https://www.ituc-csi.org/ituc-tuca-venezuela?lang=en>; Erklärung der VVN-BdA: <https://vvn-bda.de/vvn-bda-verurteilt-voelkerrechts-widrigen-us-angril-auf-venezuela/>

Quelle: <https://jugend-hamburg.verdi.de/ueber-uns>

Gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland

Verschiedene Unterstützungsbeschlüsse für „Berliner Appell“

ver.di-LB-Frauenrat und LBV Baden-Württemberg haben sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen ausgesprochen und den BuVo aufgerufen, sich hörbar und öffentlich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen auszusprechen.

Aktuell haben über 91.137 Menschen (Stand März 2026) den am 3. Oktober 2024 veröffentlichten „Berliner Appell“ gegen die geplante Stationierung von US-Angriffswaffen in Deutschland unterschrieben. Zu den gewerkschaftlichen Gliederungen, die u.W.n. den „Berliner Appell“ unterstützen, gehören u.a.:

- ☐ DGB-Kreisvorstand Frankfurt am Main
- ☐ GEW-Kreisverband Frankfurt
- ☐ GEW-Landesverbände Bayern, Berlin und Hamburg
- ☐ IGM-Delegiertenversammlung Mainz
- ☐ Ver.di-Fachgruppenvorstand öffentlicher Dienst Hamburg
- ☐ Ver.di-Ortsvereine Neumünster und Südpfalz
- ☐ Ver.di-Ortsverein Saar-Blies
- ☐ Ver.di-Landesmigrationsausschuss NRW
- ☐ Ver.di-Landesbezirksseniorenbeirat NRW
- ☐ Ver.di-Seniorenvorstand im Ortsverein Dortmund
- ☐ Trägerkreis „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“

Berliner Appell: Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Hier unterstützen: www.nie-wieder-krieg.org

ver.di-Mitgliederversammlung OV Stuttgart, 18.3.2026

Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Zur Weiterleitung an die ver.di-Bezirksdelegiertenkonferenz Stuttgart und die Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg

Ver.di lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab. Wir fordern den Bundesvorstand auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

DGB Delegiertenkonferenz Stadtverband Stuttgart v. 14.10.25

Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Zur Weiterleitung an DGB-LDK und DGB-Buko:

Der DGB lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab. Wir fordern den Bundesvorstand auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

Quelle: Norbert Heckl

ver.di-OV Saar-Blies, Vorstandsbeschluss v. 26. Aug. 2026

Gegen Stationierung von US Mittelstreckenwaffen in Deutschland

ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland setzt sich mit allen verfügbaren gewerkschaftlichen Mitteln gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ein. Wir fordern den ver.di-Bundesvorstand auf, sich dagegen auszusprechen.

Quelle: Michael Quetting, <https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

DGB Baden-Württemberg Bezirksfrauenkonferenz am 28. Juni 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die auch atomar bestückt werden können, ab. Wir fordern den DGB auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

Quelle: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (S. 26)

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und Hyperschallwaffen in Deutschland

Im Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 2:

„Die GEW Hamburg lehnt die ab 2026 geplante Stationierung US-amerikanischer Waffensysteme in Deutschland (SM-6 Raketen, Marschflugkörper Tomahawk und die hypersonische Waffe „Dark Eagle“) ab. Die Begründung der Stationierungspläne, mit diesen Waffensystemen würde der Frieden durch Abschreckung gesichert, überzeugt nicht. Deren Stationierung würde vielmehr ein neues Wettrüsten nuklearfähiger weitreichender Waffen mit extrem kurzer Vorwarnzeit auslösen und die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen - zudem würde Deutschland zum wahrscheinlichen Austragungsort eines solchen Krieges.

Die GEW Hamburg fordert die Bundesregierung auf, sich stattdessen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine und für Verhandlungen über Abrüstung und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in ganz Europa einzusetzen.“

Quelle: GEW-Peacenet

GEW Berlin am 7.11.2024: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Beschluss der Herbst-Landesdelegiertenversammlung 2024 der GEW Berlin: „Die GEW Berlin bestärkt angesichts der ab 2026 geplanten Stationierung US-amerikanischer Waffensysteme in Deutschland (SM-6 Raketen, Marschflugkörper Tomahawk und die hypersonische Waffe „Dark Eagle“) ihre Forderung nach einer Politik der Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“. Die Begründung der Stationierungspläne, mit diesen Waffensystemen würde der Frieden durch Abschreckung gesichert, überzeugt nicht. Deren Stationierung würde vielmehr ein neues Wettrüsten nuklearfähiger weitreichender Waffen mit extrem kurzer Vorwarnzeit auslösen und die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen. Die GEW Berlin lehnt deshalb die geplante Stationierung ab und fordert die Bundesregierung auf, sich stattdessen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und für Verhandlungen über Abrüstung und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in ganz Europa einzusetzen.“

Quelle: <https://www.gew-berlin.de/aktuelles-beschluesse/detailseite-beschluesse/keine-stationierung-von-us-mittelstreckenraketen-in-deutschland>

Beschluss des 19. Gewerkschaftstag der IG Metall 2019: Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt:

Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Durch Modernisierungsprogramme wie Ortungsschutz, Geschwindigkeit, Reichweite und Zielgenauigkeit steigt die Gefahr des Einsatzes dieser Waffen weiter an, da das Risiko Vorwarnzeit und Ordnung scheinbar sinkt.

Die Ausweitung auf weitere Länder ohne demokratische Entwicklung erhöht diese Gefahr zusätzlich. Ziel muss es sein, die Ächtung aller Atomwaffen ähnlich chemischer und biologischer Waffen weiter voranzutreiben.

Schritte gegen eine erneute Rüstungsspirale können neue multinationale Verträge sein.

Die Kündigung des INF-Vertrages zum Verzicht auf Mittelstreckenraketen durch die USA beantwortete Russland ebenfalls mit der Kündigung.

Die Bundesregierung muss nun alles versuchen, die USA und Russland davon zu überzeugen, dass dieses nicht die richtigen Schritte sind, Vertrauen zu schaffen und in einem nicht nur finanziell ruinösen Fiasko enden kann.

- ❑ Der INF Vertrag zwischen USA und der Russischen Föderation zum Verbot nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen muss gerettet werden. Der INF Vertrag muss lediglich um ein erneutes Inspektionsinstrument ergänzt werden, um Verdachtsfälle vor Ort aufklären zu können.
- ❑ Die Bundesregierung muss klar und deutlich einer Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden eine Absage erteilen.
- ❑ Zugleich muss sich die Bundesregierung auf EU- und NATO-Ebene gegen eine Stationierung dieser Waffensysteme in Europa engagieren.“

Q.: Dokumentation antimilitaristischer Beschlüsse des IGM-Gewerkschaftstags 2019 von Anne Rieger

DGB 23.Bundeskongress Mai 2026 Antrag I02

Ablehnung enthalten, siehe friedenspolitischen Beschlüsse a.a.O.

Gegen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit

ver.di Fachbereich C Bezirk Mittleres Ruhrgebiet, MV 9.05.26:

„Für ein ziviles Gesundheitswesen“

Die verdi Mitgliederkonferenz des Fachbereichs C MRG hält ein ziviles Gesundheitswesen für unverzichtbar. Die fortschreitende Militarisierung befeuert den Sozialabbau, gefährdet das Gesundheitssystem und die Versorgung der zivilen Bevölkerung. Der neugewählte Bezirksfachbereichsvorstand wird beauftragt, mit Friedensorganisationen wie beispielsweise dem IPPNW und dem VdÄÄ zusammenzuarbeiten und geeignete Formate zur Aufklärungs- und Informationsarbeit zu erarbeiten.

Er wird sich aktiv an zivilgesellschaftlichen Kampagnen für ein ziviles Gesundheitswesen beteiligen. Außerdem unterstützen wir alle Beschäftigten, die sich weigern, an kriegsmedizinischen Fortbildungen teilzunehmen oder sich in anderer Weise an der Militarisierung zu beteiligen.

Derzeit wird ein Referententwurf für das Gesundheitssicherstellungsgesetz erarbeitet. Wir lehnen allerdings die bereits geplanten Einschnitte in die Grundrechte der Beschäftigten im Gesundheitswesen strikt ab.

Quelle: <https://mittleres-ruhrgebiet.verdi.de/branchen-berufe/gesundheit-soziales-bildung>

ver.di FB C Bez.konf. Ostwestfalen-Lippe 25.04.26 „Keine Militarisierung im Gesundheitswesen - Für eine Stärkung des zivilen Charakters des Gesundheitswesens“

Beschluss und Weiterleitung an:

- Bezirkskonferenz des ver.di-Bezirks OWL
- Landesfachbereichskonferenz C des Landesbezirks ver.di NRW
- Landesbezirkskonferenz ver.di NRW
- Bundesfachbereichskonferenz C
- Bundeskongress

Die Fachbereichsversammlung FB C des ver.di-Bezirks OWL erklärt:

Wir lehnen eine Ausrichtung oder gar Unterordnung der gesundheitlichen Versorgungsstrukturen in Deutschland auf militärische Zwecke entschieden ab und setzen uns für eine Stärkung des zivilen Gesundheitswesens als Teil der Daseinsvorsorge mit der dazu notwendigen personellen und technischen Ausstattung ein.

Wir fordern unsere Gremien auf Landes- und Bundesebene auf, über das Thema Militarisierung des Gesundheitswesens kritisch aufzuklären.

Wir arbeiten zum Thema Militarisierung des Gesundheitswesens mit Organisationen zusammen, die im Gesundheitswesen gegen dessen Militarisierung aktiv sind, wie z. B. ippnw (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.), vdää (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte) sowie mit Bündnissen für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen.

Wir setzen uns auf allen Ebenen aktiv für die Verhinderung einer Militarisierung des Gesundheitswesens ein und sorgen dafür, dass eine kritische öffentliche Auseinandersetzung damit stattfindet.

Gegenüber politischen Entscheidungsträgern in Bund, Land und Kommunen macht ver.di die Ablehnung der Militarisierung des Gesundheitswesens und der Kriegsvorbereitung unmissverständlich deutlich, fordert den sofortigen Stopp dieser Entwicklung und eine Umkehr hin zu einer aktiven Friedenspolitik und -diplomatie. Ein wichtiges Ziel von ver.di ist es, das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz zu verhindern und sich für den Erhalt des zivilen Gesundheitswesens einzusetzen.

In der Organisationsarbeit von ver.di wird eine aktive Friedenspolitik befördert und betrieben, entsprechend unserer Satzung, dem Grundgesetz und der UN-Charta. Alle diese Dokumente bekräftigen das Gewaltverbot.

Quelle: <https://ostwestfalen-lippe.verdi.de/branchen-berufe/gesundheit-und-soziales>

ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Care statt Aufrüstung - Gesundheitssystem stärken statt Militarisierung vorantreiben“

Antragsteller:in: Betriebsgruppensprecherinnen Klinikum Nürnberg

Weiterleitung an: Bezirkskonferenz, Landesbezirksfachbereichskonferenz, Landesbezirkskonferenz

Die Bezirksfachbereichsversammlung hat beschlossen:

Keine Militarisierung des Gesundheitswesens

ver.di lehnt das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab, dass in der so genannten Katastrophenmedizin die militärische Logik vor die medizinische Ethik stellt.

ver.di lehnt die zunehmende Einbindung von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Rettungsdiensten in militärische Planungen ab.

Investitionen in die zivile Gesundheitsversorgung.

Statt Aufrüstung und militärischer Vorbereitung braucht es dringend:

- mehr Personal in Krankenhäusern und Pflege
- bessere Arbeitsbedingungen
- Bedarfsgerechte Finanzierung
- Stopp von Klinikschließungen und Privatisierungen

ver.di soll die Realistische Einschätzung der Versorgungslage öffentlich kommunizieren. Bereits im Alltag arbeitet das Gesundheitssystem am Limit. Eine zusätzliche Versorgung von Kriegsverletzten wäre derzeit nicht möglich, ohne die zivile Versorgung massiv zu gefährden. ver.di soll sich öffentlich positionieren

Der Fachbereich C wird aufgefordert:

- eine öffentliche Stellungnahme zur Problematik drohender Unterversorgung und notwendiger Transparenz zu veröffentlichen
- sich in Bündnissen für „Care statt Krieg“ zu engagieren
- das Thema in Tarif- und Gesundheitspolitik einzubringen.

Begründung: Das Gesundheitssystem ist bereits heute überlastet. Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Klinikschließungen führen dazu, dass die Versorgung vielerorts kaum noch sichergestellt werden kann.

Gleichzeitig wird zunehmend über die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf militärische Konflikte gesprochen. Diese Debatte erzeugt die Illusion, ein Krieg sei medizinisch „beherrschbar“. Das entspricht nicht der Realität.

Wir werden im Ernstfall weder täglich hunderte zusätzliche Verletzte versorgen können, noch gleichzeitig die zivile Bevölkerung ausreichend betreuen.

Wer von Krieg spricht, muss auch sagen:

Das Gesundheitssystem ist darauf nicht vorbereitet – und darf es auch nicht werden, indem zivile Versorgung weiter geschwächt wird.

Stattdessen braucht es Investitionen in: Pflege, Krankenhäuser, Rettungsdienste, psychosoziale Versorgung.

Als Gewerkschaft im Gesundheits- und Sozialbereich steht ver.di für gute Versorgung, gute Arbeit und soziale Sicherheit — nicht für Militarisierung.

Deshalb: Care statt Aufrüstung. Gesundheit statt Krieg

Quelle: Tatjana Sambale

ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026;

„Nicht-Behandlung von militärischen Klientel im zivilen Bereich“

Weiterleitung an: Bezirkskonferenz, Landesbezirksfachbereichskonferenz, Landesbezirkskonferenz

Die Bezirksfachbereichsversammlung hat beschlossen:

- dass ver.di sich dafür einsetzt, dass die Vorgaben im "Spannungsfall", so wie er laut dem Grünbuch (Grünbuch ZMZ 4.0, veröffentlicht am 30.01.2025 des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit – ZOES) ausformuliert ist, widersprochen werden. Militärische Angehörige und militärisches Personal werden nicht als Patient oder Klientel und dergleichen in zivilen medizinischen Einrichtungen (dazu zählen Krankenhäuser, Hospital, Alters- und Pflegeheimen mit Intensivbereich und ähnliches) aufgenommen, behandelt und auch sonst

nicht versorgt, da dies absehbar zu einer Überlastung der zivilen Infrastruktur und damit einer Schlechterversorgung der Zivilbevölkerung führt.

- dass ver.di sich dafür einsetzt, dass das zivile Personal im öffentlichen Gesundheits-, Versorgungs- und Bildungsbereich nicht verpflichtet werden kann den Weisungen vor, noch während des „Spannungsfall“ laut Grünbuch nachzugehen. Sie ist den Arbeitsanweisungen nicht verpflichtet. Außerdem spricht sich der Fachbereich C gegen diese Maßnahmen aus und handelt dementsprechend dagegen.
- dass ver.di sich dafür einsetzt, betriebsorientierte Informationsangebote (Gewerkschaftsveranstaltungen, Workshops, Schulveranstaltungen, Material für Betriebsräte und Vertrauensleute) und Kooperationen mit Mitgliedsgewerkschaften, Bildungs- und Jugendorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die das Thema "Spannungsfall" und "Grünbuch" (wie im Titel und wie hier ausgeführt) anzubieten und zu behandeln.

Begründung: Der Vorstoß, so wie er im Grünbuch (Grünbuch ZMZ 4.0, veröffentlicht am 30.01.2025 des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit – ZOES) formuliert ist, greift unverhältnismäßig in den zivilen Arbeitsalltag des Pflegepersonals und des medizinischen Personals ein und vermischt den zivilen und militärischen öffentlichen Arbeits- und Tätigkeitsbereich, stellt beispielsweise den Soldaten primär vor den schwerverletzten Patienten. Für Soldaten und Angehörige des Militärs gibt es aus diversen historischen Gründen wichtige Trennungsgründe zwischen den zivilen und militärischen Arbeits- und Tätigkeitsbereichen. Der militärische Arbeits- und Tätigkeitsbereich verfügt über eigene medizinische Einrichtungen und Versorgungseinrichtungen wie Lazarett und Bundeswehrkrankenhäuser usw. Ein Eindringen in den zivilen Arbeits- und Tätigkeitsbereich ist daher zu unterbinden. Der Vorstoß so wie er im Grünbuch formuliert ist verstößt massiv gegen die Satzung, insbesondere gegen den Paragraph 5 „Zweck, Aufgaben und Ziele“, der ver.di. Der Vorstoß stellt eine Unvereinbarkeit mit den Wert- und Normvorstellung der Gewerkschaft dar.

Quelle: Tatjana Sambale

ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026 Für den Erhalt des zivilen Gesundheitssystems

Die ver.di-Bezirksfachbereichskonferenz FB C Ruhr-West erklärt:

Wir halten ein ziviles Gesundheitssystem für unverzichtbar!

1. Wir unterstützen alle Beschäftigten, die sich weigern, an kriegsmedizinischen Fortbildungen teilzunehmen oder sich in anderer Weise an der Militarisierung des Gesundheitswesens zu beteiligen.
2. Wir werden uns aktiv an zivilgesellschaftlichen Kampagnen für ein ziviles Gesundheitswesen beteiligen, z.B. den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht und der Initiative Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg – Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit.
3. Wir fordern unsere Gremien auf Bundes- und Landesebene auf, das Thema Militarisierung des Gesundheitswesens zu problematisieren und gemeinsam mit Friedensorganisationen Bündnisse zu schmieden.
4. Wir bekräftigen: Die beste Medizin ist die Prävention von Kriegen. Wir setzen uns für gewaltfreie Konfliktlösungen und konsequente Friedenssicherung ein – anstelle von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Wir setzen uns ein für:

1. den Erhalt des zivilen Gesundheitswesens und keine Instrumentalisierung für militärische Zwecke. Die geplanten Regelungen eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes sind zurückzunehmen.

2. den Beschäftigten im Gesundheitswesen sowie niedergelassenen Ärzt:innen bei wehrmedizinischen oder ähnlichen Fortbildungen ein individuelles Verweigerungsrecht aus Gewissensgründen einzuräumen. Niemand darf gezwungen werden, sich auf Kriegsmedizin vorbereiten zu müssen.
3. in Gesundheitseinrichtungen dem Personal- oder Betriebsrat über die Frage, ob wehrmedizinische Fort- und Weiterbildungen durchgeführt werden, ein zwingendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen.
4. keine Unterstellung ziviler Gesundheitseinrichtungen unter militärische Befehlsgewalt der Bundeswehr vorzunehmen. Stattdessen ist eine zivile Kontrollinstanz einzurichten, die unter Beteiligung von Beschäftigten des Gesundheitswesens sowie Akteur:innen der Zivilgesellschaft über den Eintritt des Notstands und die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet.
5. klarzustellen, dass das Personal der Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie niedergelassene Ärzt:innen Entscheidungen ausschließlich anhand fachlicher Kriterien treffen. Insbesondere dürfen medizinische Behandlungen militärischer Patientinnen nicht gegenüber denen ziviler Patientinnen vorgezogen werden.
6. den Vorrang zur Erfüllung des medizinischen Sicherstellungsauftrags gemäß SGB V gegenüber militärischen Verpflichtungen für alle im Gesundheitswesen Tätigen festzuschreiben.

Annahme und Weiterleitung an die Landesfachbereichskonferenz und Bundes-FB-konferenz

Quelle: Jan von Hagen, Bezirksfachbereichsvorsitzender FB C ver.di Bezirk Ruhr-West

ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ostwestfalen-Lippe 25.04.26 „Unterstützung der „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem: Menschen aus Gesundheitsberufen gegen die Militarisierung“ der ippnw“

Beschlussfassung und Weiterleitung an: Landesfachbereichskonferenz C des Landesbezirks ver.di NRW und Bundesfachbereichskonferenz C

Die ver.di-Bezirksfachbereichsversammlung FB C OWL unterstützt die „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem: Menschen aus Gesundheitsberufen gegen die Militarisierung“ der ippnw (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.) und fordert ihre Mitglieder zur Unterzeichnung und Werbung dafür auf.

Begründung: Text der „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem: Menschen aus Gesundheitsberufen gegen die Militarisierung“ der ippnw:

„Die Prävention von Kriegen, ob konventionell oder nuklear, ist die beste Medizin. Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten. Ich lehne deshalb als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. Ich lehne weiterhin jede Maßnahme ab, die einer Kriegsmedizin den Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt. Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen und auch weiterhin meine Kenntnisse in der Notfallmedizin zu verbessern.“

Erläuterung: Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet auf allen Ebenen voran. Unabhängig von den Ursachen davon und wie man sich persönlich dazu und auch zu einzelnen Kriegen stellt, stellt sie Beschäftigte im Gesundheitswesen konkret vor eine besondere Herausforderung: Beschäftigte des Gesundheitswesens erleben seit Jahren, dass das Gesundheitssystem in Gänze und

in eigentlich allen Teilbereichen nicht so ausgestattet ist (Personal, Finanzen, Strukturen), um dem Versorgungsbedarf der Bevölkerung adäquat nachzukommen und gute Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Beschäftigten sicherzustellen.

*Im Kontext der Militarisierung wird jetzt - häufig unter der Überschrift „Das Gesundheitssystem resilient machen“, also für Pandemien, Krisensituationen, aber auch Bündnis- und Kriegsfälle – versucht, die Illusion zu schüren, dass man das Gesundheitssystem auf Kriegsfälle vorbereiten könne. Dies betrifft Bereiche wie die Planung von Krankenhäusern, konkrete Baumaßnahmen, die Patient*innensteuerung sowie die individuellen Fortbildungen von Beschäftigten.*

Es ist zu befürchten, dass über das angekündigte Gesundheitssicherstellungsgesetz (egal ob es unter diesem Namen kommt oder z.B. in Artikelgesetzen nur die entsprechenden Inhalte gesetzgeberisch geregelt werden) auch die Unterstellung von zivilem Gesundheitspersonal unter militärische Führung (inkl. Zuweisung von Tätigkeit und Einsatzort) festgeschrieben wird. All die Maßnahmen schüren die Illusion, dass man das Gesundheitssystem für wirkliche kriegserische Auseinandersetzungen vorbereiten könne. Die Berichte und Bilder aus den aktuellen Kriegsregionen belehren uns eines Besseren. Gleichzeitig binden die Maßnahmen die Beschäftigten in die Vorbereitung solcher Situationen ein und normalisieren das Vorhandensein von Kriegen und stellen sie als unvermeidbar dar.

*Die „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem“ der ipnw will dies unterbrechen. Sie regt zum Nachdenken an und fordert jeden Beschäftigten dazu auf, sich persönlich damit auseinanderzusetzen, wie sehr man Teil der Militarisierung des Gesundheitswesens sein will oder muss, und öffnet den Blick für die Notwendigkeit, alle Energie in die Verhinderung von kriegserischen Auseinandersetzungen zu stecken und nicht an deren Vorbereitung und Durchführung mitzuwirken. Dabei beinhaltet sie trotzdem, als Personal im Gesundheitswesen im Rahmen der Berufsausübung alles zu tun, was möglich ist für die Versorgung der Patient*innen.*

Quelle: <https://ostwestfalen-lippe.verdi.de/branchen-berufe/gesundheit-und-soziales>

ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026

„Unterstützung der Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem“

Die ver.di-Bezirksfachbereichskonferenz unterstützt die „Erklärung für ein ziviles Gesundheitssystem“ der ipnw und fordert ihre Mitglieder zur Unterzeichnung auf.

Annahme und Weiterleitung an die Landesfachbereichskonferenz und Bundesfachbereichskonferenz.

Quelle: Jan von Hagen, Bezirksfachbereichsvorsitzender FB C ver.di Bezirk Ruhr-West

ver.di Jugend Hamburg LBJV v. 28.08.2025

Gegen das NATO-Manöver Red Storm Bravo – für den Aufbruch des zivilen Lebens

„ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein. [...] Zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere: [...] Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von faschistischen militaristischen und rassistischen Einflüssen“ (§ 5 ver.di Satzung, 2023)

Mindestens vom 25. Bis 29. September 2025 soll in Hamburg die Bundeswehr/NATO-Übung „Red Storm Bravo“ stattfinden. Im Rahmen der Aufrüstung und der zunehmenden Konfrontationspolitik dient diese Übung u. a. dem weiteren Schüren von Feindbildern sowie der Kriegstüchtigmachung der gesamten Stadtbevölkerung. Im Mittelpunkt von „Red Storm Bravo“

steht die Kooperation ziviler Einrichtungen wie Schulen, Behörden oder Krankenhäusern mit der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie. Die Trennung von zivil und militärisch wird damit grundlegend aufgehoben. Viele Betriebe, in denen wir Gewerkschafter*innen aus der ver.di aktiv sind, sollen von dem Manöver betroffen sein. Wir sagen NEIN zur NATO-Übung, und JA zur zivilen Entwicklung!

Wir als ver.di Jugend Hamburg treten hiermit ein für:

- Schluss mit der Militarisierung und stattdessen Investitionen in Gesundheit, Bildung, Soziales und gute Arbeitsbedingungen im zivilen Sinne für alle
- Keine zivil-militärischen Kooperationen und Stärkung der zivilen Bereiche
- Beteiligung und Aufruf von ver.di Hamburg an den Friedensaktivitäten/Demonstrationen rund um das Manöver, insbesondere zur gemeinsamen Friedensdemonstration am 27.09.25, um 13 Uhr, ab HBF/Mönckebergstr.

Wir laden alle Betriebs- und Fachgruppen sowie die Fachbereiche dazu ein, sich diesem Beschluss anzuschließen und rufen unsere Mitglieder auf, sich an den Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Red Storm Bravo Manöver zu beteiligen.

Quelle: <https://jugend-hamburg.verdi.de/ueber-uns>

ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand B, Hamburg am 16.09.2025: Keine Gewöhnung an Krieg durch Manöver Red Storm Bravo in Hamburg in unserem Organisationsbereich (Auszüge)

Vom 25. bis 27. September findet in Hamburg das Bundeswehrmanöver Red Storm Bravo statt. Als Landesbezirksfachbereichsvorstand B ver.di Hamburg treten wir dafür ein, dass Konflikte und Kriege auf diplomatischem Wege gelöst werden.

Das NATO Manöver in Hamburg schürt Ängste, schafft Feindbilder und soll die Menschen in unserer Stadt an Krieg gewöhnen. (...)

Während viel Geld für solche Manöver und noch wesentlich mehr Geld für die Rüstung ausgegeben wird, fehlt dieses Geld gerade in Bereichen wie der zivilen Infrastruktur, in sozialen Bereichen, im öffentlichen Nahverkehr und auch im öffentlichen Dienst.

Wir wenden uns gegen jeden Demokratieabbau, auch wenn er im Namen der sogenannten „Kriegstüchtigkeit“ erfolgt – insbesondere gegen die Möglichkeit zukünftiger Einschränkungen unseres Streikrechts.

Ergänzt wurde der Beschluss durch Informationen über rechtliche Möglichkeiten bei einem Gewissenskonflikt für davon betroffene Beschäftigte, als Ergebnis einer dazu im Nachgang der Sitzung angebotenen Veranstaltung.

Quelle: ver.di Landesbezirksfachbereichsvorstand des Fachbereichs Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr Hamburg in seiner Sitzung am 16.09.2025

Sonstiges

ver.di Bezirksfachbereichsversammlung FB C Mittelfranken v. 25.04.2026; „Vergabe der Räume des Gewerkschaftshauses an Gruppen ohne gewerkschaftliche Grundsätze und die Offenlegung der Beweggründe dafür“

Angesichts der heutigen “Nürnberger Sicherheitstagung 2026” im KORNs möge die Versammlung beschließen: Der ver.di Bezirksvorstand Mittelfranken und die Bezirksgeschäftsführung werden beauftragt, auf die Einhaltung der gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele auch bei der Vergabe gewerkschaftlicher Räume und der KORNs-Räume durch die IG Med und seines Pächters hinzuwirken. Ein Argument hierbei kann §2.3 der Aufgaben und Ziele der IGM Satzung sein. Dieser fordert Demokratisierung der Wirtschaft und Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen.

Begründung: Unsere Mitgliederversammlung wurde durch die Sicherheitstagung nebenan in Aufruhr versetzt, durch deutlich sichtbare Präsenz von Militärangehörigen Das Gewerkschaftshaus steht für die Umsetzung der friedlichen Völkerverständigung

Quelle: Tatjana Sambale

Grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse

ver.di-Fachbereich B Bezirkskonferenz Westfalen, 13.06.26 „Wir stehen ein für die Stärkung des Völkerrechts und die friedliche Konfliktlösung!“

Zur Weiterleitung an den Bundeskongress

Wir rufen die Bundesregierung auf, sich

- für Abrüstung
- für internationale Entspannung
- für den Abbau neuer und alter Feindbilder
- und für die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen einzusetzen!

Denn: ohne Frieden ist alles andere nichts!

Begründung: Die Vereinten Nationen legten 1945 mit der UN-Charta die Basis für ein gemeinsames Streben nach freundschaftlichen Beziehungen und Austausch zwischen Staaten unter Anerkennung der souveränen Gleichheit und des gemeinsamen Interesses an kollektiver Sicherheit. Doch anstelle dieser Grundsätze tritt nun im globalen Maßstab die Anwendung von Gewalt einzelner Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen: Länder werden überfallen, Staatsoberhäupter entführt oder getötet und Bevölkerungen durch Wirtschaftskriege ausgehungert. Und dies alles ungestraft, obwohl es offen völkerrechtswidrig ist!

Dringend geboten sind Überwindung des Hungers, Investitionen in den Klimaschutz, in die Bildung, Kultur und Gesundheit! Investitionen in die Rüstung dürfen nicht zu Lasten der Investitionen zur Erhaltung des sozialen Friedens gehen.

Die aktuelle Entwicklung dient Rüstungskonzernen und Spekulanten, aber sie kann nicht im Interesse der Beschäftigten sein!

Quelle: <https://westfalen.verdi.de/branchen-und-berufe/fachbereich-b>

ver.di Fachbereich E Bezirk Nordhessen MV vom 30.5.26; „Postler und Logistiker für den Frieden“

„Nie wieder Krieg!“ – das ist die Lehre, die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts und der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung gezogen haben. Diese Lehre begründet den Satzungsauftrag des DGB, für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung sowie die Verwirklichung und den Erhalt des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung einzutreten. Gemeinsam stehen wir für die Überzeugung, dass Friedensbemühungen die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen von Krieg und Gewalt beseitigen müssen.“

Der DGB Bundeskongress erkennt die Verschärfung der internationalen Lage durchaus an, zieht daraus den Schluss: „Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass wir eine zunehmende Militarisierung der politischen und öffentlichen Debatte in Deutschland und Europa akzeptieren. Im Gegenteil:

Wir lehnen sie entschieden ab! Wir brauchen keine Politik, die der „Kriegstüchtigkeit“ das Wort redet, sondern eine Sicherheitspolitik, die die Freiheit schützt und darauf ausgerichtet ist, Konflikte zu überwinden.“

Der Beschluss des DGB Bundeskongress endet mit den Worten: „Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bleibt es bei dem in unserer eigenen Geschichte begründeten Auftrag, unermüdlich daran erinnern, dass immer die abhängig Beschäftigten und ihre Familien besonders unter Krieg und Militarisierung sowie deren sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu leiden hatten.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deshalb der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Das gilt gerade in diesen Zeiten, in denen sich eine militärische Denk- und Handlungslogik immer mehr durchsetzt. Mehr denn je brauchen wir eine Friedensbewegung, die dagegen kraftvoll die Stimme erhebt - und nach innen und außen einen offenen Dialog darüber führt, welche friedens- und sicherheitspolitischen Konsequenzen sich aus den neuen globalen Realitäten ergeben, mit denen wir aktuell konfrontiert sind. Als Gewerkschaften halten wir dabei unbeirrbar an dem Grundsatz fest: Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert eine Politik, die Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Resilienz stärkt und Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein und bleiben!“

- Beschluss „Friedensfähig statt Kriegstüchtig. Unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“, in: Beschlussunterlagen des DGB-Bundeskongress, Antrag I02, S. 235ff.

Die Mitgliederversammlung des Bezirksfachbereichs E in Nordhessen möge beraten und beschließen:

- Kassel und Nordhessen sind Rüstungsstandorte und Standorte der Logistik für die NATO- Manöver, die Bundeswehr- und die Rüstungslogistik. Das macht uns zur Zielscheibe militärischer Eskalation.
- Post und Logistik fallen im Falle militärischer Eskalation unter das „Arbeitssicherstellungsgesetz“, dass die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkt, gewerkschaftliche Rechte aufhebt und zur Zwangsverpflichtung zur Arbeit wie zum Einsatz von Wehrpflichtigen in unseren Betrieben führen kann.

Wir nordhessischen Postler und Logistiker erklären: Diese Kriege sind nicht unsere Kriege! Sie dienen dem Kampf der großen Kapitale des Westens um Einfluss. Auf beiden Seiten sterben vor allem die Arbeiter.

Wir nehmen den Beschluss des DGB-Bundeskongresses zum Anlass, in unseren Betrieben offensiv über Krieg und Frieden und die Rolle der Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen zu diskutieren. Viele Kolleginnen und Kollegen haben Angst vor dem Krieg und wir werden gerade diese nicht den Rattenfängern der Militaristenpartei AfD überlassen.

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Bezirksfachbereichsvorstand:

- gemeinsam die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses (vor allem I02 und E01) zu studieren und gemeinsam zu erarbeiten, was deren Umsetzung in den Post- und Logistikbetrieben in Nordhessen für die Arbeit der Betriebsgruppen, der Vertrauensleute und auch der Ver.di-Betriebsräte heißen kann. Das Ergebnis wird den Kolleginnen und Kollegen in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt.
- Kontakt aufzunehmen zur Ver.di- und DGB-Jugend, zum politischen Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ in Kassel und dem Kasseler Schulstreikkomitee, Möglichkeiten der Unterstützung, der Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterjugend gegen die Wehrpflicht zu beraten und über die Aktionen in den Betrieben zu berichten.
- Wo möglich sollen die Aktivisten auf Jugend- und Auszubildendenversammlungen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des Bezirksfachbereichsvorstandes über die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, die betrieblichen Auswirkungen und den Kampf der Arbeiterjugend dagegen, aufklären.
- Sich mit der Broschüre der Informationsstelle Militarisierung: Markus Schwarzbach: Die Betriebe entrüsten (Stuttgart 2025) zu beschäftigen, gegebenenfalls eine öffentliche Veranstaltung mit dem Autoren durchzuführen. Schwarzbach gibt konkrete Hinweise darauf, wie die Betriebe in den militärisch-industriellen Komplex eingebunden werden und wie dagegen als Belegschaft, als Gewerkschaft und in der Rolle des BR angegangen werden kann.
- Ein öffentliche Veranstaltung mit der Gewerkschaftssekretärin, Autorin und Friedensaktivistin Ulrike Eifler zur „Zeitenwende“ und der Rolle der Gewerkschaften darin.

Die Mitgliederversammlung unterstützt die 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden, die am 24./25. Juli in Würzburg stattfindet.

- Sie beauftragt die Bezirksfachbereichsvorstand, Kontakt zu den Organisatoren aufzunehmen und Möglichkeiten der Unterstützung zu erarbeiten.
- Sie findet es richtig und gut, dass der Kollege Kurt Baumann dort auf einem Podium gegen die Militarisierung von Post und Logistik spricht.
- Sie entsendet eine Delegation aus interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Konferenz und prüft die Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten.
- Sie leitet diese Beschlüsse zur Verallgemeinerung an die über ihr stehenden Gremien der Ver.di weiter.

Quelle: Kurt Baumann

ver.di Fachbereich C Bezirkskonferenz Ruhr-West vom 25.04.2026 „Einrichtung eines ver.di Arbeitskreises Frieden im Bezirk“

Die ver.di-Bezirksfachbereichskonferenz FB C Ruhr-West beantragt die Einrichtung eines „Arbeitskreis Frieden“ im ver.di Bezirk Ruhr-West.

Annahme und Weiterleitung an die Bezirkskonferenz Ruhr-West.

Quelle: Jan von Hagen, Bezirksfachbereichsvorsitzender FB C ver.di Bezirk Ruhr-West

ver.di Fachbereich C Bezirk Mittleres Ruhrgebiet, MV vom 9.05.26

„Solidarisches Gemeinwesen statt weitere Aufrüstung“

Antrag an: a) ver.di-Bezirkskonferenz MRG und zur Weiterleitung an Landesbezirkskonferenz NRW und an Bundeskongress. b) Landesfachbereichskonferenz NRW und auch zur Weiterleitung an Bundeskongress

1. Investitionen in Soziales statt Aufrüstung

ver.di setzt sich konsequent für Investitionen in gute Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Bildung, bezahlbares Wohnen, lebenswerte Regionen, öffentlichen Nahverkehr, Klimaschutz und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge ein. Sozialabbau und Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen treten wir entschieden entgegen – auch gemeinsam mit gesellschaftlichen Bündnispartnern.

2. Keine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben

ver.di lehnt eine weitere massive Ausweitung der Rüstungsausgaben und die Umleitung öffentlicher Mittel in militärische Zwecke ab.

3. Nein zur Militarisierung des Alltags

ver.di wendet sich gegen

- a) die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht,
- b) Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen,
- c) militärische Planungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die zivile Aufgaben unterordnen.

4. Stärkung gewerkschaftlicher Friedensarbeit

ver.di fördert innergewerkschaftliche Diskussion, Bildungsarbeit und öffentliche Aufklärung, initiiert und unterstützt gewerkschaftliche Friedensinitiativen und positioniert sich klar gegen Militarisierung, Aufrüstung, Sozialabbau, militärische Propaganda und eine sogenannte „Kriegsertüchtigung“ von Gesellschaft und Arbeitswelt.

Begründung: Die aktuellen politischen Entwicklungen führen zu erheblichen Mehrausgaben für Rüstung und Militär. Gleichzeitig wird für Investitionen in soziale Infrastruktur häufig auf knappe Mittel verwiesen. Diese Schwerpunktsetzung betrifft unmittelbar die Beschäftigten und die von ver.di vertretenen Bereiche. Aufrüstung und Sozialabbau stehen dabei in einem engen Zusammenhang: Wenn öffentliche Mittel in militärische Projekte fließen, wächst der Druck auf Löhne, soziale Leistungen und öffentliche Daseinsvorsorge. Zugleich zeigt sich Militarisierung zunehmend im Alltag – etwa durch Rekrutierungsangebote an Schulen oder besondere Planungen in öffentlichen Einrichtungen. Gewerkschaften brauchen eine eigenständige friedenspolitische Haltung. ver.di steht in der Tradition einer internationalen, solidarischen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tradition verpflichtet dazu, sich nicht auf die Logik militärischer Eskalation einzulassen, sondern die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen über nationale und geopolitische Grenzen hinweg zu vertreten. Internationale Solidarität statt Aufrüstung ist eine zentrale gewerkschaftliche Antwort auf Krieg und Krise. Konflikte sind vorrangig ökonomischer, sozialer und politischer Art, sie müssen durch Verhandlung und Ausgleich gelöst werden. Notwendig ist eine Strategie der friedlichen Beilegung von Konflikten, die Sicherheit auf der Basis von Diplomatie mit Dialog, Deeskalation und Vertrauensbildende Maßnahmen aufbaut. Internationale Institutionen wie UNO müssen für friedliche Konfliktlösungen gefördert und gestärkt werden. Aufrüstung und Wettrüsten steigern Unsicherheit, gefährden friedliche Konfliktlösungen, fördern Eskalationen und auch unbeabsichtigte Kriegsszenarien. Kurz: Als Gewerkschaft vertreten wir die Interessen der Beschäftigten und stehen in der Tradition internationaler Solidarität. Daraus folgt für uns eine

klare Haltung: Gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine starke zivile öffentliche Infrastruktur müssen Vorrang haben. Öffentliche Mittel werden für ein solidarisches Gemeinwesen gebraucht – nicht für weitere Aufrüstung.

Quelle: <https://mittleres-ruhrgebiet.verdi.de/branchen-berufe/gesundheit-soziales-bildung>

GEW Bayern LDV 2026: Für die Einhaltung und Stärkung des Völkerrechts – gegen die aktuelle Weltkriegsgefahr: Die Waffen nieder!

Die Landesdelegiertenversammlung (LDV) 2026 der GEW Bayern verurteilt die am 3. Januar 2026 gegen Venezuela und die am 28. Februar 2026 gegen den Iran durchgeführten militärischen Angriffe aufs Schärfste. Man mag zu den politischen Systemen in Venezuela und im Iran stehen wie man will, eine wie auch immer begründete Kritik daran kann nicht die angewandte Gewalt zwischen Staaten rechtfertigen. Sie erfolgte jeweils ohne die nötige Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat und ohne eine glaubwürdige Grundlage im Recht auf Selbstverteidigung, wie es die Charta der Vereinten Nationen definiert. Die GEW Bayern steht solidarisch an der Seite ihrer venezolanischen und iranischen Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg, ihre Lebensverhältnisse selbst zu bestimmen.

Die GEW Bayern beobachtet mit wachsender Sorge die duldenden oder zustimmenden Reaktionen der Bundesregierung auf brandgefährliche Verstöße gegen internationales Recht. Angriffskriege, Entführungen und extralegale Tötungen widersprechen den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und damit dem Grundgesetz, das diese integriert (Art 25 GG) und uns verpflichtet, dem Frieden in der Welt zu dienen und das Völkerrecht hoch zu halten und zu stärken, anstatt sich davon zu verabschieden¹ und dem archaischen Recht des Stärkeren zu folgen.

Die GEW Bayern bekräftigt die öffentlichen Erklärungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC 3.1.2026²; 2.3.2026³) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC 3.1.2026⁴) und verurteilt alle weiteren Einmischungen, Drohungen oder Ansprüche gegenüber Land, Ressourcen und Selbstbestimmung souveräner Nationen und Völkern.

Die GEW Bayern fordert die Bundesregierung auf, endlich alle Energien auf diplomatische Anstrengungen zu legen und sich aktiv für den Gedanken der Völkerverständigung einzusetzen, entsprechend der Zielstellung der Charta der Vereinten Nationen. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns, Frieden und Völkerverständigung zu fördern, anstatt die Lösung internationaler Spannungen alleine mit militärischer Logik zu betrachten.

Für die GEW Bayern steht die damit verbundene internationale Kriegsgefahr und die sich hochdrehende Rüstungsspirale im diametralen Widerspruch zu den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in der Bildungsgewerkschaft organisierten Mitglieder sowie aller abhängig Beschäftigten.

Die GEW Bayern bekräftigt deswegen ihre friedenspolitischen Positionen:

Militär und Krieg sind maßgebliche Faktoren der Umweltzerstörung und damit die größten Fluchtursachen. Der Welt droht ein neuer großer Krieg. Als Teil der Friedensbewegung setzen wir uns deswegen für Abrüstung und Völkerverständigung ein. Die freigegebenen Milliardenpakete zur Hochrüstung lehnt die GEW Bayern ebenso ab, wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, da diese nur das Kriegsgeschehen verlängern und intensivieren. Durch das gigantische Aufrüstungsprogramm werden allen sozialen Bereichen Gelder vorenthalten, so auch der Bildung, dem Gesundheitswesen, der Pflege, der Flüchtlingshilfe etc., aber auch der Bekämpfung der Klimakatastrophe, die die Existenz aller Menschen bedroht.

Die GEW Bayern versteht sich als aktiver Teil der Friedensbewegung und unterstützt deren strategische Ziele sowie ihre konkreten Aktionen nach all ihren Möglichkeiten. Sie verstärkt deshalb ihre Aktionen zur Aufklärung in den Bildungs-Betrieben und der Öffentlichkeit über die rasant angestiegene Kriegsgefahr.

Die GEW Bayern unterstützt weiterhin Aktivitäten gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern, gegen die Rekrutierung von Minderjährigen (Unter 18 nie!) sowie gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Wir stehen gegen jede weitere Militarisierung von Bildung und Gesellschaft und gegen jeden Krieg und rufen mit Berta von Suttner: ‚Die Waffen nieder!‘

Quelle: GEW Peacenet

1 <https://www.fr.de/meinung/kommentare/friedrich-merz-verabschiedet-sich-vom-voelkerrecht-in-der-aussenpolitik-94194489.html>

2 <https://www.ituc-csi.org/ituc-tuca-venezuela?lang=en>

3 <https://www.ituc-csi.org/ITUC-urges-immediate-ceasefire?lang=en>

4 <https://www.etuc.org/en/node/26087>

ver.di OV Saar-Blies, Entschließung der MV v. 12.03.2026 Friedensfähig statt Kriegstüchtig – Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen – Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland (Auszüge)

In den Jahren seit 2020 gab es mehr bewaffnete Konflikte als in den vorangegangenen drei Jahrzehnten, mit mehr Kriegstoten und einer Zunahme der Vertreibung von Menschen. Die Konfrontation zwischen den Großmächten hat ein Ausmaß erreicht, wie wir es seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr erlebt haben – einschließlich der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.

2026 begann mit einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage – mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Venezuela und der Entführung des Präsidenten und seiner Frau. Der US-Regierung geht es um die venezolanischen Erdölvorkommen und um die Verdrängung anderer Akteure aus dem amerikanischen „Hinterhof“ Lateinamerika. Mit dem Griff nach Grönland wollen die USA ihre Vorherrschaft im Nordatlantik und in der Arktis ausbauen. Der völkerrechtswidrige Angriff der USA und Israels auf den Iran macht den Nahen Osten zum Pulverfass. Bereits in den ersten beiden Tagen des Angriffskrieges gibt es zahlreiche zivile Opfer. Die Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorgehen gibt Anlass zur Sorge. Statt den Völkerrechtsbruch zu benennen, zeigt man Verständnis und Unterstützung. Die Folgen für Stabilität und Frieden sind heute noch nicht absehbar. Die Versuche einer Neuaufteilung der Welt erhöhen die Gefahr einer offenen Konfrontation der Weltmächte.

ver.di lehnt Kriege als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitschnur deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands und daran messen wir die Aktivitäten der Bundesregierung.

Das Wettrüsten mit Mittelstreckenwaffen in Europa ist enorm riskant und gefährlich. Der INF-Vertrag verbot diese Waffen aus guten Gründen. Das Ziel muss ein INF-Folgeabkommen sein und keine Schaffung eigener Erstschlagfähigkeiten. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Stationierung von atomar bestückbaren US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stoppen und keine atomaren Mittelstreckenwaffen zu kaufen oder selbst zu entwickeln.

Die Krisen unserer Zeit Krieg, Armut, soziale Spaltung und die Klimakrise treffen die Beschäftigten mit voller Wucht. Wir erleben, wie unser Land mit massiver Hochrüstung zur europäischen Führungsmacht werden soll. Die Gesellschaft soll kriegstüchtig werden und die

Militarisierung ist im Alltag spürbar. Die Bundesregierung will den NATO-Beschluss bis zum Jahr 2035, 5% des BIP für militärische Zwecke aufzuwenden vorzeitig umsetzen. Das bedeutet, dass annähernd 50 Prozent des Haushaltes für Militärausgaben verwendet werden. Jeder Euro der so verwendeten Mittel fehlt für Gesundheit und Bildung, für Kinderbetreuung und Soziales. Gleichzeitig erleben wir wie mit Angriffen auf Rente, Sozialversicherungen und Arbeitszeit der Sozialstaat ruiniert werden soll.

Wir fordern Investitionen in Bereiche der Daseinsvorsorge wie Schulen, Kitas, Verkehrswege und Krankenhäuser, die nicht militärischen Anforderungen untergeordnet werden dürfen.

Wir wenden uns gegen Maßnahmen der Militarisierung im Alltag von Beschäftigten, insbesondere gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht.

Gegen militärische Einsatz- und Notfallplanungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die einen möglichen Schutz in Kriegszeiten vorspiegeln und gegen Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen. (...) Von Investitionen in gesellschaftlich notwendige Bereiche wie die Produktion von Massenverkehrsmitteln wie Busse und Bahnen ist nichts zu erkennen. Ebenso wenig sind Fortschritte bei der Aufwertung der Beschäftigten von Dienstleistungs- und Gesundheitsberufen zu verzeichnen. Der Rückstand bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen wird nicht signifikant geringer.

Stattdessen beobachten wir einen massiven Ausbau der Rüstungsindustrie. So werden u.a. bei Diehl Defence 500 Millionen in den Standort Nonnweiler investiert, wo die Bodenluftrakete Iris -T zur Lieferung in die Ukraine produziert wird. Bei KNDS in Freisen wird der neue Patria Panzer hergestellt. Abgesehen davon, dass Rüstungsgüter sich nur im Einsatz verbrauchen und das Einsatzgebiet aller Waffen der Krieg ist, abgesehen davon, dass Rüstung auch in Friedenszeiten Umwelt und Klima schadet, sind Militärausgaben keine Investitionen die später Erträge abwerfen, sondern totes Kapital.

Wir wenden uns an die saarländische Landesregierung mit der Forderung: Keine Subventionen für die Rüstungsindustrie. Stattdessen müssen alle verfügbaren Ressourcen in einen sozialen und ökologischen Umbau des Landes mobilisiert werden.

Der ver.di Ortsverband Saar-Blies wird weiter im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Ort in die Auseinandersetzungen eingreifen.

- Wir unterstützen den Ostermarsch 2026 und werben und mobilisieren für die Beteiligung am Ostersonntag, den 04. April in Saarbrücken
- Wir beteiligen uns an der Demonstration des DGB am 1. Mai in Saarbrücken
- Wir führen am 21. Juni 2026 eine „Internationale Friedensfahrt“ zu Stätten des Gedenkens an den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus in Frankreich durch.
- Wir beteiligen uns an den Aktivitäten des DGB zum Antikriegstag am 1. September in Völklingen

Wir wenden uns mit einem Antrag an die Bezirkskonferenz der ver.di Region Saar-Trier mit dem Ziel ein friedenspolitisches Forum in der Region durchzuführen.

Quelle: Michael Quetting, <https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

DGB Baden-Württemberg, 23.BK, Jan 2026 „Für eine Politik der Friedensfähigkeit – Wehrhafte Demokratie und soziale Sicherheit stärken!“

Resolution, Auszugsweise

Angesichts einer nie dagewesenen Zahl bewaffneter Konflikte weltweit – von der Ukraine bis Gaza, vom Sudan bis Myanmar – und einer wachsenden Tendenz zu Nationalismus und gesellschaftlicher Spaltung betont der DGB Baden-Württemberg seine friedenspolitische Verantwortung.

I. Die Zäsur: Neue Realitäten und unsere Verantwortung

„Nie wieder Krieg“ – das war und bleibt das zentrale Versprechen der Gewerkschaftsbewegung nach 1945. Doch wir stehen heute vor einer dramatischen Veränderung der globalen Rahmenbedingungen: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die gewaltsame Verschiebung von Grenzen nach Europa zurückgebracht. Gleichzeitig erleben wir die Erosion langjähriger transatlantischer Gewissheiten – insbesondere mit Blick auf die künftige Verlässlichkeit der USA als Partner und Schutzmacht.

Diese Zäsur zwingt uns zu einer sicherheitspolitischen Neubewertung. In dieser Situation eint uns alle in den Mitgliedsgewerkschaften der unbedingte Wille, einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten.

II. Europäische Souveränität und Völkerrecht

Wir erleben die Wiedergeburt einer verhängnisvollen Logik, die nicht mehr auf die Stärke des Völkerrechts, sondern auf das Recht des Stärkeren setzt und in der Großmächte offen Einflussphären für sich reklamieren. Wir bekräftigen daher die Rückbesinnung auf die Werte der Vereinten Nationen und die Prinzipien der nationalen Souveränität.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns gegen eine Stationierung von neuen US-Mittelstrecken-Raketen in Deutschland ein. Dies ist auch Ausdruck einer notwendigen strategischen Neuausrichtung: Wir müssen anerkennen, dass das Fundament der transatlantischen Partnerschaft Risse bekommt. (...) Nur ein eigenständiges, unabhängiges und starkes Europa kann glaubwürdig und kraftvoll für eine regelbasierte Weltordnung eintreten. (...)

III. Umfassende Resilienz: Öffentliche Dienste und Technologie

Verteidigungsfähigkeit erschöpft sich für uns nicht in militärischer Stärke. Eine wehrhafte Demokratie braucht gesellschaftliche Resilienz. Unser Gemeinwesen muss so krisenfest sein, dass es auch unter extremen Belastungen – seien es Cyberangriffe, Pandemien oder globale Krisen – handlungsfähig bleibt.

1. Starke Daseinsvorsorge: (...)
2. Technologische Unabhängigkeit: (...)
3. Glaubhafte Verteidigungsfähigkeit: (...)

Wir lehnen jedoch die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf ein willkürliches Fünf-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsproduktes entschieden ab. Friedensfähigkeit erfordert keine von außen aufoktroyierte, den Bundeshaushalt sprengende Zielzahlen, sondern sorgfältig abgewogene und auf die Herausforderungen abgestimmte Investitionen in gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Befähigung der Bundeswehr. Die einseitige Schwerpunktsetzung auf militärische Antworten ist ein fataler Irrweg.

IV. Integrierte Sicherheit: Soziales und Wirtschaft verbinden

Zusätzliche Verteidigungsausgaben dürfen nicht zu Lasten des Sozialhaushalts oder der Bildung gehen. Wehrhaftigkeit nach außen und sozialer Frieden im Inneren sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir fordern eine Finanzierung der Mehrausgaben, die hohe Einkommen und Vermögen weitaus stärker in die Pflicht nimmt. (...)

V. Diplomatie, zivile Krisenprävention und Solidarität

Wir lehnen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ab und setzen auf Freiwilligkeit. Trotz der notwendigen Absicherung von militärischer Verteidigungsfähigkeit bleiben Diplomatie und zivile Konfliktlösung unser unverrückbarer Kompass. Geplante Haushaltskürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit müssen rückgängig gemacht werden, denn durch eine stabil finanzierte Entwicklungszusammenarbeit können echte Perspektiven für ein gutes Leben in Herkunftsländern aufgebaut und Fluchtursachen wirksam bekämpft werden.

Unsere Solidarität gilt den Opfern von Aggression weltweit. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg ebenso wie das Leid der Zivilbevölkerung im Nahen Osten. Wir stehen fest an der Seite unserer israelischen Kolleginnen der Histadrut im Kampf um Demokratie und verurteilen Antisemitismus auf das Schärfste. Ebenso erkennen wir das Recht der Palästinenserinnen auf ein selbstbestimmtes Leben in Frieden an und solidarisieren uns mit den demokratischen Kräften vor Ort.

VI. Betriebliche Solidarität als Fundament

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist unser Bereich des Wirkens insbesondere der Betrieb. Dieser Ort darf für uns keinen Platz für Ressentiments haben.

- Wir stärken die betriebliche Solidarität gegen Rassismus und Nationalismus.
- Wir setzen unsere friedenspolitische Dialogreihe fort, um unsere Positionen in einem dauerhaften Prozess gemeinsam weiterzuentwickeln.
- Wir koordinieren Kampagnen gegen Rechtsextremismus, damit globale Verunsicherung nicht zur Spaltung unserer Gesellschaft führt.
- Wir setzen uns im DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften entschieden gegen den Abbau des Sozialstaates zur Wehr und tragen diesen Protest – wenn erforderlich – auch auf die Straße

Quelle: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Bilder/Veranstaltungen/Bezirkskonferenz_2026/A_Ini01.pdf

DGB 23. Bundeskongress 2026 Auszüge aus Beschluss „Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“

Auszugsweise, Antragssteller:in: DGB-Bundesvorstand

(...) Aus heutiger Perspektive wirkt der Ukrainekrieg wie ein Brandbeschleuniger. Seit seinem Beginn wird immer deutlicher, womit wir es inzwischen zu tun haben – mit einer Neuordnung der Welt, (...). Die Zahl der Kriege steigt ebenso wie die Ausgaben für Waffen und Rüstungsexporte. Die globalen Militärausgaben haben 2025 mit 2.887 Milliarden US-Dollar einen historischen Höchststand erreicht. Nahezu alle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge wurden außer Kraft gesetzt oder sind – wie zuletzt das New-Start-Abkommen – ausgelaufen, weil die Vertragspartner nicht mehr bereit waren, sie zu verlängern. (...) Ohne dauerhaften Frieden lassen sich gesellschaftliche Resilienz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie nicht verwirklichen. Deshalb messen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungen immer daran, ob sie einer Politik der Friedensfähigkeit dienen. Immer mehr Waffen und eine Politik der Kriegstüchtigkeit schaffen keinen Frieden und keine Sicherheit.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wissen um ihre friedenspolitische Verantwortung. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir stehen für ein Verständnis von Friedens- und Sicherheitspolitik, in dessen Mittelpunkt Krisen- und Konfliktprävention sowie die zivile Friedenssicherung durch Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und eine faire Handelspolitik stehen.

Verbunden damit ist unser klares Bekenntnis zu einer multilateralen Völkerrechtsordnung, in deren Mittelpunkt das Gewaltverbot der UN-Charta, das humanitäre Völkerrecht und die institutionalisierten Kooperations- und Konfliktlösungsmechanismen der Vereinten Nationen sowie regionaler Organisationen wie der OSZE stehen.

Aber wir können die neuen Realitäten nicht ignorieren. Gerade in jüngster Zeit müssen wir erleben, wie radikal sich die globalen Rahmenbedingungen für Frieden und unsere Sicherheit verändern. Wir wollen deshalb unsere gemeinsame friedens- und sicherheitspolitische Positionierung unter dem Dach des DGB weiterentwickeln. Dabei eint uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der unbedingte Wille, wirksam zu einer Welt ohne Krieg beizutragen. Dass die Suche nach dem richtigen Weg dorthin in unseren Reihen intensiv diskutiert wird, ist Ausdruck einer lebendigen innergewerkschaftlichen Demokratie. Wir begreifen diesen solidarischen Dialog als Stärke und suchen im DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften die offene Debatte darüber, wie heute eine Politik der Friedensfähigkeit angesichts einer immer komplexeren Weltlage aussehen muss. (...) Wir brauchen keine Politik, die der „Kriegstüchtigkeit“ das Wort redet, sondern eine Sicherheitspolitik, die die Freiheit schützt und darauf ausgerichtet ist, Konflikte zu überwinden. (...)

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund dafür ein, dass dieser politische Kurs der EU grundlegend korrigiert wird: Sie muss ihre eigenständige Rolle als globale Friedensmacht, die neue Abrüstungs-

Rüstungskontroll- und Rüstungsexportkontrollinitiativen auf den Weg bringt, stärken und den Multilateralismus wiederbeleben. Das bedeutet für uns Gewerkschaften erstens: Europa muss handlungs- und verteidigungsfähig, aber nicht kriegstüchtig sein. Dafür brauchen wir dringend eine viel stärker an nachvollziehbaren Sachkriterien orientierte und transparentere Debatte darüber, wie Europas tatsächliche Bedrohungslage vor allem durch Russland einzuschätzen ist, welche militärischen Kapazitäten, Ausrüstung und Strukturen für seine effektive Verteidigung benötigt werden und wie diese effizient und koordiniert beschafft werden können. (...)

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen dabei ihre Glaubwürdigkeit als Partner unter Beweis stellen. Das gilt an allererster Stelle für ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur Einhaltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots und des humanitären Völkerrechts. Ob in der Ukraine, im Iran, in Israel, in Gaza, im Libanon, im Sudan oder in anderen Teilen der Welt: Verletzungen des Völkerrechts bleiben Verletzungen des Völkerrechts. Sie dulden keine Relativierungen und keine Doppelmoral. Europa ist gefordert, sich für die konsequente Ahndung von Völkerrechtsverstößen einzusetzen – unabhängig davon, wer sie begeht. (...)

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa einzusetzen und seine Rolle als eigenständige Friedensmacht entlang der skizzierten Eckpunkte zu stärken – für eine europäische Politik der Friedensfähigkeit statt der Kriegstüchtigkeit.

Insbesondere erwarten wir von der Bundesregierung,

- den deutschen Verteidigungshaushalt und verteidigungsrelevante Infrastrukturausgaben nicht an der beliebigen Fünf-Prozent-Zielvorgabe der NATO auszurichten. Das Erreichen dieser Zielmarke entspräche aktuell rund 224 Mrd. Euro jährlich – und damit fast der Hälfte des Bundeshaushalts. (...)
- endgültig von den Plänen zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab September 2026 Abstand zu nehmen. (...) Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften teilen die Sorge vieler Menschen, dass Deutschland dadurch stärker ins Zentrum möglicher Konflikte rücken könnte, und lehnen die Stationierung ab. Selbst wenn die bei uns stationierten Waffensysteme nur konventionell bestückbar sein sollen, so droht durch sie doch eine gefährliche Dynamik.
- eine äußerst restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik auf nationaler und EU-Ebene zu verfolgen. Sie darf nur im Einzelfall Ausnahmen zulassen, um ein Land in der Verteidigung seines Existenzrechts und seiner territorialen Integrität zu unterstützen. In diesen Aufnahmefällen ist jeweils genau zu prüfen, inwiefern solche Waffenlieferungen geeignet sind, zu diesen Zielen beizutragen, welches Eskalationspotential sie besitzen und ob die Gefahr besteht, dass sie vom Empfängerland zu völkerrechtswidrigen Zwecken eingesetzt werden. (...)
- an der Entscheidung gegen die Wiedereinführung eines verpflichtenden Wehrdienstes festzuhalten und auch anderen Pflichtdienste eine klare Absage zu erteilen. Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften bedeutet ein verpflichtender Wehrdienst – ebenso wie andere Pflichtdienste – einen zu weitreichenden Eingriff in die persönliche Freiheit und Lebensgestaltung junger Menschen. Dabei stehen für uns nicht militärische Fragen im Vordergrund, sondern die soziale und arbeitsmarktpolitische Wirkung. Jede Art von Dienstpflicht greift tief in Bildungs- und Erwerbsbiografien ein, verschärft soziale Ungleichheiten und verlagert sicherheitspolitische Lasten einseitig auf junge Menschen. Außerdem wird dadurch der am Arbeitsmarkt bestehende Fachkräftemangel weiter verschärft. (...)
- (...) Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften nehmen wahr, dass die Bundesregierung und die Länder verschiedene Vorkehrungen unternehmen und teils jahrzehntealte Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze für den Fall der Feststellung eines Notstands wie bei einer äußeren Bedrohung überarbeiten. Dazu zählt auch das Arbeitssicherstellungsgesetz, das regelt, ob und wie Arbeitskräfte in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden können und unter welchen Voraussetzungen die Beendigung von Arbeitsverhältnissen

eingeschränkt werden kann, damit Streitkräfte, Behörden und wichtige zivile Versorgungsbereiche im Ernstfall über ausreichend Personal verfügen. Das sehen wir mit Sorge und werden alles in unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass eine solche Situation jemals eintritt. Wir fordern von der Bundesregierung - ebenso wie von allen anderen in einen Konflikt involvierten Staaten -, dass sie alles Erdenkliche tut, um das Eintreten des Ernstfalls zu verhindern. (...)

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bleibt es bei dem in unserer eigenen Geschichte begründeten Auftrag, unermüdlich daran erinnern, dass immer die abhängig Beschäftigten und ihre Familien besonders unter Krieg und Militarisierung sowie deren sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu leiden hatten. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deshalb der unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Das gilt gerade in diesen Zeiten, in denen sich eine militärische Denk- und Handlungslogik immer mehr durchsetzt. Mehr denn je brauchen wir eine Friedensbewegung, die dagegen kraftvoll die Stimme erhebt - und nach innen und außen einen offenen Dialog darüber führt, welche friedens- und sicherheitspolitischen Konsequenzen sich aus den neuen globalen Realitäten ergeben, mit denen wir aktuell konfrontiert sind.

Als Gewerkschaften halten wir dabei unbeirrbar an dem Grundsatz fest: Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert eine Politik, die Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Resilienz stärkt und Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein und bleiben!

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Antr%C3%A4ge_23._OBK/DGB_Beschlussunterlagen-23.OBK.pdf

DGB 23. Bundeskongress 2026 Auszüge aus Beschluss C07: Internationale Beziehungen gerecht, nachhaltig und resilient gestalten

Auszugsweise, Antragssteller:in: DGB-Bundesvorstand

Die Einhaltung von Menschenrechten und die unabhängige und freie Arbeit von Gewerkschaften weltweit sind und bleiben Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. (...) Das Wichtigste ist allerdings, heute mehr denn je, der Frieden, die Beendigung und Verhinderung von Kriegen und der Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Nur mit weltweiter internationaler Zusammenarbeit und einer Politik der gemeinsamen Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung werden die großen globalen Herausforderungen der Menschheit – Friedenssicherung, Schutz von Klima und Natur, Armutsbekämpfung und Entwicklung – bewältigt werden können. Der Hochrüstungswettlauf muss gestoppt werden. (...)

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Antr%C3%A4ge_23._OBK/DGB_Beschlussunterlagen-23.OBK.pdf

DGB-Bezirksjugendkonferenz Hessen-Thüringen Mai 2025

Mit

- 85 Prozent Zustimmung fordert die Gewerkschaftsjugend „Weniger Waffen, mehr Frieden“.
- 92 Prozent stimmten für einen Antrag gegen die Aufrüstung, „für eine Umwandlung der Rüstungsindustrie in eine zivile Industrie bei Erhalt aller Arbeitsplätze“.
- 90 Prozent sprachen sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen aus.

- 95 Prozent votierten für eine klare Positionierung gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Bericht: <https://www.unsere-zeit.de/jugend-fuer-den-frieden-4804009/> Quelle: <https://hessen-thueringen-jugend.dgb.de/die-dgb-jugend/dgb-jugend-vor-ort/bezirksbuero-hessen-thueringen>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: „GEW - konsequent antimilitaristisch“

Im Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 3:

„Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Positionierung gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Auch im Jahr 2025 haben Jugendoffizier:innen nichts in Schulen zu suchen und Rüstungsfirmen nicht an Hochschulen zu forschen. Ein „Bundeswehrförderungsgesetz“ wie in Bayern darf es in Hamburg nicht geben. Laut Schulgesetz ist es zentrale Aufgabe der Schulen, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten. Eine solche Friedenserziehung erfordert auch eine aktive Auseinandersetzung mit Kriegsursachen. Für ein Bildungswesen ohne Bundeswehr und ihre "Wertevermittlung"!

Die GEW wird weiterhin auf antimilitaristischen Aktionen Präsenz zeigen und sichert Bündnispartner:innen in diesem Bereich ihre Unterstützung zu.“

Quelle: GEW-Peacenet

ver.di Bundeskongress 2023: Auszüge aus dem Beschluss „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“

Im ausführlichen Beschluss zum Antrag E 084 des Gewerkschaftsrats spricht sich ein Absatz explizit gegen die „Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO“ aus: „Das betrifft zum einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer Technologien, wie ‚Künstlicher Intelligenz‘. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf, sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete Modernisierung der ‚nuklearen Teilhabe‘ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird. Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar, die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinwirken, dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.“

Danach geht der Beschlusstext auf die Blockkonfrontation und den Sicherheitsbegriff ein: „Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine teilweise weiter aus

der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit, Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung verpflichtet sieht.

Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.“

Quelle: <https://www.verdi.de/++file++6745bf9fa23ea1dbf7da0908/download/Beschlussbro-schu%CC%88re%202023.pdf> (Seite 444 f.)

ver.di-Bundeskongress 2023: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln

1. ver.di setzt sich auf allen Ebenen aktiv dafür ein, dass Kriegsmonumente des Ersten und Zweiten Weltkrieges kritisch hinterfragt und eine öffentliche Auseinandersetzung damit stattfindet
2. ver.di unterstützt unter anderem bestehende Initiativen, die dieses Ziel verfolgen.
3. Ausstellung wie DenkMalKrieg – DenkMalFrieden des ver.di-Kulturforums Bayern sollen an Orten gezeigt werden, wo es kriegsverherrlichende Kriegsmonumente gibt.

Quelle: ebenda (Seite 451.)

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Für eine verantwortungsvolle Friedenspolitik

„Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Militärische Interventionen können nur dann als legitim erachtet werden, wenn sie um entwicklungspolitische Instrumente ergänzt und im Sinne des Ultima-Ratio-Prinzips durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert werden. Die IG Metall fordert eine weltweite Waffenhandelskontrolle und befürwortet gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Exportmöglichkeiten dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Die Rüstungsindustrie in Europa wird mittelfristig konsolidiert. Das darf nicht auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Sie haben ein Recht auf Planungssicherheit. Politik und Unternehmen sind gefordert, alternative Projekte und die Erschließung ziviler Märkte voranzutreiben.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschluesse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 59 f.)

IGM 25. Ordentlicher Gewerkschaftstag 2023 Grundsatzbeschluss G001: „Wo wir stehen. Wohin wir wollen“

Auszugsweise, mit Einfügungen aus Änderungsantrag G001_EA01

2.5. Für eine verantwortungsvolle Politik für Frieden und Sicherheit

Unsere friedenspolitischen Debatten über den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind von sehr unterschiedlichen Tönen geprägt. Deutlich wurden aber auch unsere geteilten Überzeugungen und Haltungen: Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mittel zur Konfliktbewältigung sein. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung mit allen Mitteln für Frieden einsetzen. Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz sind nicht verhandelbar.

Unumstritten ist ebenso: Die russische Führung hat Tod, Leid und Zerstörung über die Zivilbevölkerung gebracht, tagtäglich werden schwerwiegende Verbrechen gegen universelle Menschenrechte verübt. Die IG Metall unterstützt alle Forderungen an die russische Regierung, alle Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen und ihre Truppen abzuziehen. Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. Eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands ist auszuschließen, die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.

Das sicherheitspolitische Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft mag Russlands Führung als Provokation wahrgenommen haben, vor allem die NATO-Osterweiterung wird hierbei angeführt. Dies rechtfertigt in keinem Fall einen Angriffskrieg. Ein nachhaltiger Frieden in und für Europa kann nur gefunden werden, wenn die staatliche Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird. Es braucht daher sowohl vertrauensbildende Maßnahmen als auch glaubhafte und wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand

zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“ ist der falsche Weg. Wir fordern abgestimmte und gemeinsame Leitlinien für die Rüstungsexportkontrolle in der EU. Einheitliche Kriterien müssen für Bestimmungs- und Endverbleibsländ gleichermaßen gelten. Nötig ist eine strikte Endverbleibkontrolle – im Voraus, mit schriftlicher, bei Vertragsbruch empfindlich zu sanktionierender Zusicherung des Endverwenders und unter der Maßgabe wirksamer Ausfuhrkontrollen. Abschließende Genehmigungsentscheidungen dürfen nicht in einem intransparenten Gremium wie dem Bundessicherheitsrat getroffen werden. Der Bundestag ist über nachträgliche Informationsrechte hinaus in die Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Gemeinsam mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften wird die IG Metall Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle fordern und abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen unterstützen.

Atomare, biologische und chemische Waffen müssen weltweit geächtet werden. Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein. Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich. Wir werden im DGB und mit weiteren gesellschaftlichen Bündnispartner*innen eine Debatte um Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert führen, die Perspektive über den derzeit alles dominierenden Krieg gegen die Ukraine weiten, andere kriegsrische und schwelende Konflikte nicht vergessend. Dabei wird es um eine neue Architektur für Frieden und Sicherheit in Europa und eine Stärkung internationaler Organisationen gehen, nicht zuletzt um den Reformbedarf der Vereinten Nationen. Auch das sicherheitspolitische Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft wird (selbst)kritisch zu betrachten sein. Über den europäischen Rahmen hinaus ist zudem eine realistische Analyse globaler Kräfteverhältnisse notwendig. Der wachsenden Bedeutung von Staaten wie Brasilien, Indien oder Indonesien ist auch sicherheitspolitisch Rechnung zu tragen. Russland wird zudem nicht dauerhaft aus der internationalen Staatengemeinschaft auszuschließen sein.

Eine nicht unerhebliche Rolle in diesen Debatten spielt eine auch sicherheits- und verteidigungspolitische Integration im Sinne europäischer Souveränität. Das betrifft vor allem die Rüstungszusammenarbeit und die notwendige Ausrüstung der Bundeswehr, die ihren verfassungsgemäßen Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen muss. Zur Debatte über ein erweitertes Verständnis von Sicherheit gehören auch Herausforderungen der Cybersicherheit, zudem müssen die Zusammenhänge mit energie-, rohstoff- und handelspolitischen Fragen in den Blick genommen werden. Auch das diplomatische und sanktionsbewährte Instrumentarium internationaler Sicherheitspolitik ist auf den Prüfstand zu stellen. Sanktionen müssen zielgenau wirken, stetig überwacht, überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Bei alledem halten wir an unserem Grundsatz fest, dass Rüstungsausgaben nicht gegen die Finanzierung wichtiger sozialpolitischer Vorhaben und notwendiger öffentlicher Investitionen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation ausgespielt werden dürfen. Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes Zwei-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab. Vielmehr muss sich der Verteidigungshaushalt danach bemessen, was zur Erfüllung der Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Zudem sind die Mittel und Anstrengungen für zivile Konfliktprävention und Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen.

Quelle: Beschlussbuch https://www.igmetall.de/download/20240321_25_oGT_Beschlussbuch_alle_Antr_ge_e2a291ba8b8d13ad70f7dd95415c871e4f41d3df.pdf

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Gegen Waffenexporte in Krisenregionen

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung für folgende Maßnahmen einsetzt:

- für Abrüstung statt Aufrüstung, Kürzung des Militäretats
- für Solidarität mit den Geflüchteten
- Fluchtursachen, auch Hunger, beseitigen
- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat und gegen Bundeswehreinätze im Innern, mit Ausnahme der Hilfeleistung für die Bevölkerung bei Naturkatastrophen und großen Unglücksfällen
- gegen Rüstungsexporte, in Krisenregionen, an kriegführende Staaten und diktatorische wie autokratische Regime
- Verbot der Lizenzvergabe und der Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland
- Reduzierung der Produktion von Kriegswaffen
- für sozialverträgliche Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter
- für die Einhaltung des Völkerrechts
- keine Beteiligung an Angriffskriegen
- für Frieden in Europa - keinen Konfrontationskurs mit Russland
- für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg

Deutsche Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit Waffenexporten in Krisenregionen. Innerhalb der Bundesregierung gibt es Bestrebungen, die Richtlinien für Waffenexporte aufzuweichen. Anstatt diese Richtlinie aufzuweichen, ist es erforderlich, Projekte der Rüstungskonversion mit einem Konversionsfonds zu unterstützen. Des Weiteren sind die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Konversionsprojekten so zu stärken, dass sie auf die Produktion zur Umsetzung der Projekte gestaltend Einfluss nehmen können.

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition mordet im Jemen, auch mit deutschen Waffen. Dort sind inzwischen drei von vier Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen, Millionen sind vom Hungertod bedroht. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung werden mit Füßen getreten. Kriege verursachen Armut und Flucht.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschlusse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 260 f.)

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können

„(...) Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können, und weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme. (...)

Sie können aus großer Entfernung töten und senken die politische und persönliche Hemmschwelle zum Einsatz erheblich. Sie werden von vielen Menschen ähnlich eines Computerspielles wahrgenommen.

Bei Drohnen, die bewaffnet werden können, handelt es sich um das Drehen an einer neuen Rüstungsspirale zur unbemannten Kriegsführung durch Robotertechnologien.

Der Einsatz dieser Drohnen zur Kriegsführung zum Töten per Mausklick ist auch Völkerrechtlich umstritten. Forschungen befassen sich damit, die Drohnen mit Künstlicher Intelligenz (KI) aus- bzw. nachzurüsten.

Das bedeutet, dass diese Drohnen dann „vor Ort“ die Entscheidung zum Töten alleine treffen können (autonome Waffensysteme).

Dieser Entwicklung sowie der Stationierung von Drohnen, die bewaffnet werden können, ist nicht nur aus moralischen und ethischen Gründen von der Bundesregierung Einhalt zu gebieten.“

Quelle: *(ebenda, Seite 276)*

ver.di-Bundeskongress 2015: Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr

„ver.di wirkt auf den Bundesvorstand des DGB ein, dass dieser sich nicht in die Öffentlichkeitsoffensive der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums einspannen lässt. (...)“

Quelle: <https://www.verdi.de/++file++575ec90a4f5e9255bbd4af03/download/Beschlussbro-schu%CC%88re%20ver.di%202015.pdf> (S. 511)

ver.di-Bundeskongress 2015: Aufklärung des Todes von mindestens 48 Menschen durch ein Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014

„ver.di unterstützt die Bemühungen, die Hintergründe der Tötung von mindestens 48 Menschen am 2. Mai 2014 bei einem Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa (Ukraine) aufzuklären.

Insbesondere ruft ver.di dazu auf, das Projekt des Journalisten Ulrich Heyden zur Erstellung einer Dokumentation zu unterstützen.“

Quelle: *(ebenda (S. 512)*

ver.di-Bundeskongress 2015: Für ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein klares NEIN zu Gewalt als Mittel der Politik

„Wir stehen für das friedliche Zusammenleben der Völker und lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Deshalb fordern wir

- eine europäische Sicherheitspolitik, die die Interessen aller Staaten Europa inklusive der Russischen Föderation berücksichtigt.
- die Unterstützung von Verhandlungen für eine friedliche Lösung, die alle Konfliktparteien einbeziehen.
- die Unterlassung der von der EU geplanten Wirtschaftssanktionen und den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit als Garant für eine friedliche Entwicklung (gegenseitige Abhängigkeit schafft Stabilität).
- die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen, die die Interessen der Russischen Föderation und aller Staaten der Region berücksichtigt (zum Beispiel Zusammenarbeit mit der Eurasischen Union).
- die Unterlassung der einseitigen Parteinahme und Schaffung von Feindbildern durch die Medien.“

Quelle: *(ebenda (S. 514)*

Aus Programmen und Satzungen

„Menschenrechte, Frieden und Abrüstung“ im DGB-Grundsatzprogramm (1996)

„Die Postulate der Aufklärung und die Verwirklichung der Menschenrechte sind historischer Hintergrund und aktuelle Verpflichtung der Gewerkschaften: Freiheit und Gleichheit, ein Leben und Arbeiten in Selbstbestimmung und Würde – ohne Unterdrückung, Bedrohung und Not. In vielen Teilen der Welt sind Ausbeutung und Unterdrückung der Menschenrechte nach wie vor an der Tagesordnung. 200 Millionen Kinder arbeiten weltweit als billige Arbeitskräfte, Millionen Menschen werden als Zwangsarbeiter ausgebeutet, Gewerkschaftsrechte werden vielerorts mit Füßen getreten, etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, 700 bis 800 Millionen Menschen sind weltweit ohne Arbeit. Frauen, ethnische Minderheiten und politisch Andersdenkende werden in ihren Menschenrechten oft eklatant verletzt. Die Gewerkschaftsbewegung setzt sich dafür ein, daß die Menschenrechte universelle Geltung gewinnen. Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden. Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden. Die Gewerkschaften treten daher für die demokratische Reform und politische Stärkung der Vereinten Nationen als wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Interessenausgleich orientierten internationalen Entwicklung ein.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auflösung von Warschauer Vertrag und Sowjetunion haben der Blockkonfrontation den Boden entzogen. Die Auflösung der bipolaren Struktur hat neue, historisch einmalige Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung eröffnet. Diese optimal zu nutzen, ist Aufgabe der Politik. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.

Wichtigstes Ziel muß sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht. Dies geht über die Reduktion von Waffen und Streitkräften hinaus. Diese gemeinsame Sicherheit ist geeignet, den europäischen Nationen eine friedliche Zukunft zu sichern und den Völkern Osteuropas die begründete Aussicht auf bessere Lebensumstände zu eröffnen.“

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Grundsatzprogramm_des_Deutschen_Gewerkschaftsbunds_-DGB-.pdf (Kapitel IV.2., S. 28 f.)

Aus der Satzung des DGB (§ 2 Abs. 2 Ziele)

In Artikel § 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes heißt es: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften (...) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Satzung_des_Deutschen_Gewerkschaftsbundes-_Stand_Mai_2022.pdf (Seite 6 f.)

Aus der Satzung der IGM (§ 2 Aufgaben und Ziele)

In Artikel § 2 Aufgaben und Ziele der Satzung IG Metall heißt es, sie setzt sich „für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von

Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20231222_IGM_Satzung_2024_232da4272e6e85e92c762acbccd45acb4569dafd.pdf (S. 8)

Aus der Satzung von ver.di (§5 Zweck, Aufgaben und Ziele)

In Artikel § 5 Zweck, Aufgaben und Ziele der ver.di-Satzung heißt es u.a.:

„ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein.

Zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere (...) Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“.

Q:https://www.verdi.de/++file++6786632893f3168d0e3cff34/download/ver.di-Satzung_aktuell.pdf (S.6)

Anhang

Resolution ZF Hannover (16.03.26)

Unsere Arbeit für das Leben, nicht für den Krieg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir beobachten mit großer Sorge die aktuelle politische Entwicklung, die verstärkt auf Aufrüstung und eine zunehmende Umstellung der Industrie auf den Verkauf von Rüstungsgütern, Investitionen in kriegswichtige Infrastruktur, o.ä. (Kriegswirtschaft) setzt. Als Beschäftigte bei ZF, einem weltweit führenden Technologiekonzern, sind auch wir direkt von diesen Weichenstellungen betroffen.

Die Vertrauensleute der IG Metall bei Ford in Köln haben am 24. Januar 2026 eine klare Botschaft gesendet: „Nein zur Kriegswirtschaft - Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!“ Wir schließen uns dieser Initiative an und erklären für unseren Standort:

1. Rüstung sichert keine zukunftsfähigen Arbeitsplätze

Wer uns verspricht, dass Rüstungsaufträge unsere Jobs sichern, nutzt unsere Existenzängste in Zeiten der Transformation aus. Doch Rüstungsproduktion ist keine nachhaltige Strategie. Sie ist politisch volatil und entzieht Ressourcen, die wir dringend für die Mobilitätswende, die E-Mobilität und zivile Innovationen benötigen. Am Ende des Tages werden Waffen eingesetzt und zerstören Leben und Lebensgrundlagen gleichermaßen. Unser Know-how gehört in die Entwicklung klimaschonender Antriebe, nicht in Waffensysteme.

2. „Kriegswirtschaft“ bedroht unsere Rechte

Eine Umstellung auf „Kriegswirtschaft“ bedeutet im Ernstfall den „Notstand“. Das heißt konkret:

- Gefahr der Einschränkung des Streikrechts.
- Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung.
- Zwangsverpflichtungen durch das Arbeitssicherstellungsgesetz. Wir lassen nicht zu, dass unsere hart erkämpften Arbeitsrechte unter dem Deckmantel der „Verteidigungsfähigkeit“ ausgehöhlt werden.

3. Gewerkschaftliche Werte bewahren

In § 2 der Satzung der IG Metall bekennen wir uns zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Als Vertrauenskörper bei ZF stehen wir zu dieser Verantwortung. Wir wollen Produkte schaffen, die Menschen verbinden und schützen, statt sie zu vernichten.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- Abkehr vom 5%-NATO-Ziel! Rüstungsausgaben in schwindelerregender Höhe führen nicht zu einer besseren Verteidigungsfähigkeit und gehen zu Lasten aller anderen staatlichen Leistungen
- Investitionen statt Aufrüstung: Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und die sozial-ökologische Transformation!
- Rückkehr zur Diplomatie: Weg von der militärischen Zeitenwende, zurück zu diplomatischen Lösungen.

Unsere Forderungen an die Konzernleitung von ZF:

- Transparenz: Offenlegung aller Pläne zur Ausweitung militärischer Produktion an unseren Standorten.
- Zivile Priorität: Vorrang für Investitionen in zivile Technologien und die Transformation zur E-Mobilität.
- Konversionskonzepte: Entwicklung von Plänen, um bestehende rüstungsnahen Bereiche in zivile Sparten zu überführen, ohne Arbeitsplatzverluste.

Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz – aber nicht um jeden Preis. Wir wollen eine Zukunft, in der unsere Arbeit dem Aufbau dient, nicht der Zerstörung.

Unterstützt unsere Resolution! Gemeinsam für Frieden und sichere, zivile Arbeit.

Quelle: O. Firat (Vertrauenskörperleiter ZF Hannover) und J. Schäfer (Betriebsratsvorsitzender ZF Hannover)
Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck.